

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Wapenstr. 178,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.90,  
wo keine Post am Orte M. 3.30.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Jede Nummer kostet  
5 Pfennige für die einjährige  
Kolportage oder deren Raum  
25 Pfennige.  
Für Anzeigen, Inserate und  
Verkauf von Anzeigen  
in dieser Zeitung  
Kundliche Preise 25 Pf.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206

Nr. 150.

Breslau, Donnerstag, den 30. Juni 1910.

21. Jahrgang.

## Die Lehre der Nachwahlen.

Alle Nachwahlen seit 1907 zeigten ungeheure Stimmen-  
zunahmen für die Sozialdemokratie und entsprechende Ver-  
luste der bürgerlichen Parteien:

Wir erwarren in:	Die bürgerl. Part. verloren:
Abinghaufen-Belum 271	4320 Stimmen
Randau-Neustadt 2043	4976 "
Stollberg-Schneeberg 2119	5192 "
Roburg-Neustadt 1876	2078 "
Randau-Soldau 1078	4168 "
Galle-Saalfrid 8902	8419 "
Eisenach-Vermbach 2875	2632 "
Waltham-Bippelst. 2386	2389 "
Reh. Stadt und Land 864	2536 "
Ynd-Vleglo-Johannesburg 280	- "
Randesbut-Jauer-Volkensain 1464	959 "
Ufedom-Wollin-Udermünde 1655	4081 "
Friedberg-Büdingen 2185	2589 "

Eine ähnliche Stimmenverschiebung wird genügt, um  
die Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-  
West zurückzuerobern. Aber darüber hinaus sind  
auch eine ganze Anzahl schlesischer Provinzkreise für  
die Sozialdemokratie reif und jeder Besuch auf dem  
Lande, jeder Brief an Verwandte und Bekannte in  
Dörfern und kleinen Städten sollten einige politische Ver-  
lehrungen enthalten, die auf die nächsten Wahlen vorbereiten.  
Diese Agitation der persönlichen Bearbeitung pflegt die  
größten Früchte zu tragen. Wird sie von den Zehntausenden  
unserer Leser geübt, dann garantiert sie eine kräftige Nieder-  
lage der Gelben, die das Volk mit dem Reichsverbands-  
schmutz überschütten.

## Massensturz.

Am Dienstag-Morgen konnte die „Kreuzzeitung“ die  
Welt mit der Mitteilung überraschen, daß dem preussischen  
Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben der Abschied  
bewilligt sei. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Staats-  
sekretär des Auswärtigen Freiherr von Schön an Stelle  
des Fürsten Radolin als Votschafter nach Paris geht. Und  
noch ehe die Welt sich vom Staunen über diese neuen Ver-  
änderungen erholen konnte, wurde gemeldet, daß noch  
einige andere Staatssekretäre und Minister im Begriffe seien,  
den Sturz zu überschreiten. Man spricht von Herrn Sydow,  
dem Handelsminister, und Herrn von Tirpitz, dem Marine-  
sekretär.

Kommt es in anderen zivilisierten Ländern zu Re-  
gierungskrisen, so liegen die Ursachen klar zutage. Hier-  
zulande wissen es nur die Eingeweihten, und selbst die nicht  
recht, was eigentlich vorgeht, wenn Minister verschwinden  
und andere an ihre Stelle treten. So wird über die Ur-  
sachen, die vor Jahresfrist zum Rücktritt des Fürsten Bülow  
führten, noch heute zwischen den Parteien hin- und herge-  
stritten, ähnlich war es mit dem Abschied des Herrn Dern-  
burg und schon gar der Herren v. Moltke und v. Arnim.  
Nach der offiziellen Darstellung sollen die beiden Minister auf  
Ihr eigenes Ansuchen entlassen worden sein; wie der „Vor-  
wärts“ von besonderer Seite erfährt, sind sie aber in  
geradezu brutaler Weise hinausgemworfen worden, indem man  
sie brieflich „mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Homo-  
genität des kgl. Staatsministeriums zu festigen“, ersuchte, „so-  
fort ihren Abschied einzureichen.“ Von Herrn v. Rheinbaben  
seinem eigensten Wunsche entspricht und daß er sein Ab-  
schiedsgesuch ohne Vorwissen des Reichskanzlers eingereicht  
habe. Ähnlich heißt es ja wohl auch von Herrn v. Schoen,  
er habe sich schon immer nach dem Pariser Votschafterposten  
gesehnt. Aber selbst wenn das richtig wäre und der Rück-  
tritt der beiden Minister ein freiwilliger gewesen wäre, so ist  
damit doch über die politischen Gründe ihrer De-  
mission nicht das Mindeste gesagt.

Herr v. Rheinbaben war als wackelnder Junker  
und Bollwerk konservativer Liberalen, Herr v. Schön  
als ruhiger und leidenschaftlicher Politiker den nationalliberalen  
Schreibhellen verhaft. Man kann also annehmen, daß Herr  
v. Bethmann-Hollweg die beiden Minister ausschickte, um  
sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er einen einseitig  
konservativen Kurs steuere und gegen sogenannte nationale  
Interessen gleichgültig sei. Herr v. Bethmann will reaktionär  
regieren, er will aber dazu nicht bloß die Hilfe der Kon-  
servativen und des Zentrums, sondern auch der Liberalen,  
wenigstens der Nationalliberalen, haben.

Nach solchen Gesichtspunkten, darf man annehmen, sind  
auch die Nachfolger ernannt worden. Nachdem für  
Herrn v. Rheinbaben in der Person des stockkonservativen  
Herrn v. Dallwitz ein für die Junker vollwertiger Ersatz  
geschaffen war, konnte man unbedenklich an die Stelle des  
gestürzten Agrarierliebblings in der Person des Magde-  
burger Oberbürgermeisters Dr. Penke einen  
Mann berufen, der in seiner Parteirichtung als freikonservativ,  
von manchen Ueberschwenglichen sogar als rechts-  
nationalliberal bezeichnet wird. Man kann sagen, daß Herr  
Penke sozial Liberalismus heißt, als nötig ist, um als  
Beamter der preussischen Selbstverwaltung Karriere zu

machen, und dieses Quantum ist nicht eben erheblich.  
Man schämt aber die nationalliberale Partei ganz  
falsch ein, wenn man glaubt, sie sei darüber erboht, daß so  
reaktionär regiert wird, sie ärgert sich vielmehr nur darüber,  
daß auf ihre persönlichen und fraktionellen Wünsche nicht  
genug Rücksicht genommen wird. Sicher wird es darum  
keine an Nationalliberalen nicht fehlen, die ihrer Partei raten  
werden, den gegen Herrn v. Bethmann geäußten Renommier-  
degen schleunigst wieder einzustechen, da nun der böse Rhein-  
baben fort und ein so „liberaler“ Mann wie Herr Penke  
sein Nachfolger geworden ist.

Der Wechsel im Auswärtigen Amt wird dadurch  
Charakterisiert, daß die große englische und französische Presse  
den Abgang des Herrn v. Schön lebhaft bedauert, während  
unser alldeutsche Hegeblätter den bisherigen Gesandten in  
Bukarest, Herrn v. Kiderlen-Wächter, als neuen Herrn im  
Auswärtigen Amt freudig willkommen heißen. Für sie be-  
deuten die freundlichen Worte, die die Auslands- und dem  
scheidenden Staatssekretär widmet, natürlich eine Verurteilung  
seiner Wirksamkeit. Wir haben die gehässigen Angriffe,



Dr. August Lenze von Kiderlen-Wächter

die die alldeutsche Presse gegen den Freiherrn v. Schön  
richtete, stets für ungerecht gehalten und haben  
dadurch, daß wir das offen aussprechen, dem Staatssekretär  
kaum einen guten Dienst erwiesen. Denn wenn der Chef  
des Auswärtigen Amtes von der sozialdemokratischen Presse  
verteidigt wurde, dann ging die alldeutsche Hege gegen ihn  
erst recht los. Trotzdem muß auch heute gesagt werden, daß  
der passive Widerstand, den der Staatssekretär wiederholt  
und besonders in der Mannesmannaffäre den wüsten  
nationalistischen Treibereien entgegensetzte, Anerkennung ver-  
dient. Eben darum muß seine Ersetzung durch Herrn  
v. Kiderlen-Wächter einen üblen Eindruck machen. Man  
muß im Interesse des europäischen Friedens dringend  
wünschen, daß Herr v. Kiderlen-Wächter die von den  
Alldeutschen auf ihn gesetzten Hoffnungen gründlich ent-  
täuschen möge.

Heute leben die Chauvinisten in dem neuen Staats-  
sekretär ihren Mann. Heute wird auch berichtet, daß in der  
inneren preussischen Politik eine abermalige Verschärfung des  
Polenurtes bevorsteht. Herr von Bethmann-Hollweg bemüht  
sich, sein schwarzblaues Regiment scharfmacherisch alldeutsche  
zu modernisieren. Der Reichskanzler will eben nicht nur die  
Junker und die Pfaffen, sondern auch alle rückschritt-  
lich gefallenen Elemente der Bourgeoisie unter seiner  
Fahne vereinigen, er will die reaktionären Ansprüche  
aller höheren Gesellschaftsklassen befriedigen, weil er im  
Kampfe gegen die demokratischen Forderungen der Sozial-  
demokratie keine von ihnen entbehren zu können glaubt. Wie  
sich Herr v. Bethmann bei der preussischen Wahlreformvor-  
lage den Konservativen unterwarf, sofort aber auch auf die  
reaktionären Wünsche der Nationalliberalen in der Dritte-  
lungsfrage einging, so hat er jetzt zum Dallwitz und Schor-  
lemer den Penke und den Kiderlen-Wächter gestellt. Die  
Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg ist eine Re-  
gierung der antidemokratischen Konzen-  
tration.

## Die neuen Männer.

August Penke wurde am 21. Oktober 1860 zu Coesfeld in  
Westfalen geboren. Er ist evangelischer Konfession. Sein Vater  
war Gebelmer Justizrat. Mit 21 Jahren machte Penke das  
Referendarexamen und wurde mit 26 Jahren Assessor. Er war  
zwei Jahre Gerichtsassessor und ein halbes Jahr Assessor auf  
der Ehrenabteilung in Eibfeld. Am 15. Juni 1889 wurde  
er erster juristischer Stadtrat und stellvertretender Ober-  
bürgermeister in Gera. 1892 wurde er Abgeordneter der Stadt  
Gera im preussischen Landtage. 1894 erster Bürgermeister der  
Stadt Mühlhausen in Thüringen, 1897 erhielt er den  
Titel Oberbürgermeister. Im Jahre 1899, Anfang Februar,  
wurde Penke Oberbürgermeister in Barmen und am 1. August  
Oberbürgermeister von Magdeburg. Im März 1895 war  
er auf Präsentation der Stadt Mühlhausen ins Herrenhaus be-  
rufen worden, in das er am 15. Juni 1895 eintrat. Nach der  
Niederlegung seines städtischen Amtes infolge seiner Ueberfede-  
lung nach Barmen und dem dadurch bedingten Ausscheiden aus  
dem Herrenhaus wurde er am 21. Mai 1899 von neuem auf  
Präsentation der Stadt Barmen in dieses auf Lebenszeit beru-  
fen, worauf am 9. Januar 1900 sein Eintritt erfolgte.  
Der als Nachfolger des Herrn v. Schön zum Staatsse-  
kretär des Auswärtigen Amtes auserwählte Herr v. Kiderlen-  
Wächter stammt aus Württemberg. Er ist am 10. Juli 1852  
in Stuttgart geboren. Vom Gymnasium zog er als Schüler

in den deutsch-französischen Krieg, nach dessen Ende er in  
Bingen, Leipzig und Straßburg die Rechte studierte. Sehr bald  
schah, im Jahre 1879, wurde er ins Auswärtige Amt berufen.  
Nach zwei Jahren kam er als Legationssekretär an die Botschaft  
in St. Petersburg, von 1884 bis 1886 wirkte er in derselben  
Stellung in Paris, kam dann als Votschafter nach Konstantino-  
pel. Im Jahre 1888 begleitete er den Kaiser auf dessen We-  
ichreise nach St. Petersburg, Stockholm und Kopenhagen und  
blieb dann als Vortragender Rat im Berliner Auswärtigen  
Amt. 1891 wurde er Gesandter in Hamburg, verkaufte diesen  
Posten aber schon im folgenden Jahre mit der Gesandtschaft in  
Kopenhagen und ist seit 1900 deutscher Gesandter in Bukarest.

Freiherr v. Rheinbaben ist seit 1900 Minister in Preußen;  
zwei Jahre war er Minister des Innern. Den Posten fallte er ganz  
im Sinne der Junker aus: Er billigte die amtliche Agitation für  
konservative Blätter, redete für nachdrückliche Abwehr sozialdemo-  
kratischer Bestrebungen, behandelte die Opposition im Landtage brutal,  
war ganz Junker. Diese Äußerungen hat er beibehalten, wenn  
er später in den politischen Tagesgesprächen eintritt. In diesen läßt sich  
nicht sagen, daß er Vorbereiter hierbei gewesen, denn seine Argumente  
waren ausschließlich dem Geistesbesitz des beschriebenen Reichsver-  
bandes entnommen. In der Büchsenendebatte hat ihn noch vor  
einigen Wochen Genosse Dietz gleich in den Sand gesetzt.

Von weiteren Personalveränderungen weiß die bürgerliche Presse  
zu berichten. So soll der Geheim Legationsrat Zimmermann zum  
Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt werden. Der  
Gesandte in A belinien, Dr. Scheller-Steinwag ist ab-  
berufen worden und dürfte nicht wieder auf seinen Posten zurück-  
kehren. Zur Führung der Geschäfte ist Dr. Fehltz, bisher beim  
Deutschen General-Konulat in Kairo berufen worden.

## Ueber die Entlassungsformalitäten.

gegenüber den Herren Arnim und Moltke gehen dem „Vorwärts“  
recht eigenartige Mitteilungen zu. Demnach haben beide Herren ein  
Schreiben erhalten, das ungefähr folgenden Wortlaut hatte:

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Homo-  
genität des kgl. preussischen Staatsministeriums zu  
festigen, werden Sie ersucht, sofort Ihren Abschied einzureichen.  
Das ist denn auch geschehen und innerhalb zweier  
Stunden waren die beiden Herren bereits im Besitz ihres Ab-  
schieds, natürlich mit dem üblichen „Ordenspflaster“.

So ruhiglos und formlos möchte Herr v. Rheinbaben doch nicht  
vom Schauplatz verschwinden. Deshalb läßt er verbreiten, daß er  
aus „eigenem Wunsche“ und „ohne Vorwissen“ des Herrn v. Beth-  
mann-Hollweg seine Demission eingereicht habe.

## Das gnädige Handschreiben.

Der „Staatsanzeiger“ meldet: Seine Majestät der Kbnig  
richtete an den Freiherrn von Rheinbaben bei seinem Ausscheiden  
aus dem Amte folgendes Handschreiben:

„Mein lieber Staatsminister Freiherr v. Rheinbaben!  
Nachdem ich Ihnen die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte  
als Staats- und Finanzminister durch Erlass vom heutigen Tage  
in Gnaden erteilt habe, kann ich mir nicht verlagern, Ihnen für  
die hervorragenden treuen Dienste, die Sie in Ihren bisherigen  
Aemtern mir und dem Vaterlande mit aufopferungsvoller Hin-  
gebung geleistet haben, meinen besonderen königlichen  
Dank auszusprechen. Als Zeichen meiner Anerkennung und  
meines Wohlwollens habe ich Ihnen mein Portefeuille mit  
in Del verbleiben, welches Ihnen demnächst zugehen wird. Zu-  
dem ich hoffe, Ihre bewährte Kraft in einer Ihren Wünschen  
entsprechenden anderweitigen Stellung dem Staatsdienst noch lang  
erhalten zu können, verbleibe ich Ihr wohlgenegter Wilhelm K.“

Einem Mitarbeiter des „Tag“ hat Rheinbaben erklärt, daß  
er freiwillig zurücktrat. Er habe sich in vollkommenem  
Einverständnis mit dem Reichskanzler besunden, der ihn  
sogar zum Verbleiben im Amte bewegen wollte. Daß die An-  
griffe des Herrn von Arnim im Herrenhause ihn zum Rück-  
tritt veranlaßt hätten, sei eine hinfällige Kombination. Er habe  
lediglich die günstige Gelegenheit benutzen wollen, seine bis-  
herige Stellung mit dem Oberpräsidium der Rheinprovinz ver-  
tauschen zu können.

## Preßstimmen zum Ministerwechsel.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt zum Abschied Rheinbabens:

„Sein Scheiden aus dem Staatsdienste dürfte ganz vor-  
übergehend sein, da die große Begabung und Arbeitskraft des  
Ministers dem öffentlichen Dienst erhalten bleiben sollen, wo-  
zu die noch ausstehende Befestigung des Koblenzer Oberpräsidiums die  
Gelegenheit bieten dürfte. Die Nachricht über das Ausscheiden  
des hochverdienten Ministers wird in weitesten, namentlich in  
konservativen Kreisen ebenso mit Ueberraschung wie  
mit aufrichtigem Bedauern aufgenommen werden. Die dem Mi-  
nister nächststehenden wußten aber schon länger, daß er allmäh-  
lich doch amtsmüde geworden war, und ein anderes, ruhigeres  
Längere, namentlich auch die halbtägigen Ausstreunungen gewisser  
Blätter, die ihn als Nebenbuhler des Reichskanz-  
lers und als Anwärter auf dessen Stellung hinstellten, zu dem  
Entschlusse des Ministers, seine Entlassung zu erbitten, mit-  
getragen haben, bleibe dahingestellt.“

Die „Tägliche Rundschau“ meint, man könne das  
jetzige Ausscheiden v. Rheinbabens aus dem Finanzministerium  
in einen gewissen Zusammenhang mit seiner Rolle als Komman-  
der Mann und Kandidat bringen. Der jetzige Wechsel im  
Auswärtigen Amt sei schon vor Jahr und Tag als sicher zu er-  
wartende Lösung dieser immer dringlicher werdenden Personal-  
frage bezeichnet worden. Nach dem genannten Blatt steht auch  
der Rücktritt des Handelsministers Sydow zu erwarten.

Die „Berliner“ schreibt:  
„Freiherr v. Rheinbaben verstand jedenfalls kein Nach-  
folger einzu schlagen, daß sein Nachfolger wesentlich anders  
sein mußte. Das die Nachfolgerin wiederum ein solches  
einiger Oberpräsidenten in Preußen Reichsminister ist, bedauert  
wir. Die Reichsminister Rheinlands dürfte hoffentlich das Amt  
ist sehr unwahrscheinlich, daß sein Nachfolger wesentlich anders  
Wege eingeschlagen wird. Das die Nachfolgerin wiederum ein solches  
einiger Oberpräsidenten in Preußen Reichsminister ist, bedauert  
wir. Die Reichsminister Rheinlands dürfte hoffentlich das Amt



die Objektivität und Unbefangenheit zeigen wird, die von 1907 ausgeht haben."

Die „Politische Zeitung“ sagt: „Herr von Rheinbaben wird auch die bürgerliche Linie ausgeben, daß er ein ausgezeichneter Oberpräsident werden kann, und in Potsdam besser am Platze ist, als in Berlin. Als Minister war er niemals ein erster Rangener. Er war kein Mann großer Ideen, kein Reformator. Sie und da munkelt man, er sei nicht milde, sondern wolle sich für die Zukunft aufsparen. Die Zeit wird es lehren. Wenn Herr von Rhein seinen Platz verläßt, so wird man wahrnehmen, daß er keine besonderen Bewunderer und keine besonderen Feinde zurückläßt.“

In ähnlicher Weise äußert sich das „Berliner Tageblatt“ über den Rücktritt des Freiherrn von Rheinbaben.

### Politische Uebersicht.

**Das schwarzblaue Blockkompromiß über die Reichsversicherungsordnung.** Während im ganzen Lande der Jörn über die Wirtschaft der konservativ-ultramontanen Blöcke hell aufleuchtet, fährt das Zentrum unentwegt fort, zum Schaden des Volkes seine schmutzigen Geschäfte mit den Junkern zu treiben. Nun soll auch die Reichsversicherungsordnung, an der die Millionen der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands brennend interessiert sind, ausschließlich nach schwarzblauen Rezepten fabriziert werden. Wie schon gemeldet, haben in den letzten Tagen zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums Besprechungen stattgefunden, die voraussehen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Lesung zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Annahme der Regierungsvorlage im großen und ganzen nur mit einigen nicht erheblichen Änderungen sein dürfte. Insbesondere sollen in der zweiten Lesung die Bestimmungen über die gestrichenen Versicherungsämter, auf die die Regierung entscheidenden Wert legt, wieder angenommen werden, wogegen sich die Regierung zu einigen Zugeständnissen, insbesondere hinsichtlich der Regelung der Beiträge versehen würde.

Auf die geplante Häufelung der Beiträge braucht die Regierung natürlich kein besonderes Gewicht mehr zu legen, seit es mit Hilfe des Zentrums gelungen ist, die Arbeiter unter Beibehaltung der Zweidrittel-Beitragsleistung um ihre Selbstverwaltungrechte zu pressen. Wenn der Vorsitzende die Mehrheit auch der Arbeitgeberstimmen auf sich vereinigen muß, um für gewählt zu gelten, so ist damit gesagt, daß das eine Unternehmerrdrittel des Vorstandes im wichtigsten Punkt ebenso viel Recht haben soll wie die zwei Arbeiterdrittel, eine Häufelung des Vorstandes nach Unternehmern und Arbeitern ist dann gar nicht mehr notwendig, und die Unternehmer bekommen mehr Rechte als bisher, ohne einen Pfennig mehr leisten zu müssen.

Man kann sich denken, was aus der Reichsversicherungsordnung werden wird, wenn sie im Geiste dieses Kompromisses von Zentrum, Junkern und Regierung fertiggestellt wird. Die Junker sind die geschworenen Feinde der Arbeiter, und mit ihnen verbündet sich das Zentrum, um ein Gesetz zustande zu bringen, das doch eine reine Arbeiter-Angelegenheit ist! Da werden selbstverständlich nicht nur alle Verschlechterungen des bestehenden Rechtszustandes, die in den bisher gefassten Kommissionsbeschlüssen enthalten sind, aufrechterhalten werden, sondern auch die wenigen Verbesserungen der Vorlage, die bisher durchgesetzt worden sind, werden rücksichtslos wieder hinausgeworfen werden. Das gilt insbesondere für den Beschluß der Kommission über die Bildung des Vorstandes der Landkrankenkassen. Die Junker wollten ihren Arbeitern keine freie Bewegung gestatten, ihnen ist daher der Beschluß, daß der Vorstand der Landkrankenkassen nicht ernannt, sondern gewählt werden soll, ein Dorn im Auge. Wenn sie mit dem Zentrum ein Kompromiß abgeschlossen haben, dann geschah das sicher nur auf der Grundlage, daß selbst jeder Ansat zu einem Selbstver-

waltungsrecht der verkümmerten Landarbeiter wieder beseitigt werden soll.

Das Zentrum geht anscheinend darauf aus, seinen lehten Einfluß auf die Industriearbeiterschaft zu ruinieren. Mag es weiter nach schwarzblauen Methoden arbeiten — es wird dafür sein rotes Wunder erleben!

**Fiskalische Jagdverpachtung.** Bei den unerhörten Maßschlächtereien in der Nähe der Großstädte wird von der Regierung immer wieder betont, daß es eine unverantwortliche Vergebung von Staatsgütern sei, wenn sich der Fiskus nicht die horrenden Verluste der Grundstückspekulation zunutze mache. Dieselben Personen empfinden aber nicht die mindesten Gewissensbisse, wenn dem Staate Millionen dadurch verloren gehen, daß sich die Behörde nicht entschließen kann, Staatsforsten an Private zu verpachten. Man verpachtet die fiskalischen Jagdgründe nicht an private Pächter, um in den Oberförstereien begehrtere Stellen für die feudale und die ihr verwandte Privilegienwirtschaft zu schaffen.

Nach dem „Staatsfischen Jahrbuch für das Königreich Bayern“ betrug die zuletzt registrierte Einnahme aus den Jagden 241.000 Mark. Auch Württemberg und Elsaß-Lothringen halten es im fiskalischen Interesse für zweckmäßig Staatsjagden zu verpachten.

Die Jagd ist heute ein Sport geworden, den sich reiche Nimrode viel Geld kosten lassen. Mancher zahlt gern für den Abschluß eines Hirsches Hunderte, ohne Jagdpächter zu werden. Jeder wird unseren Forstbeamten, ohne Unterschied des Grades, also nicht nur den Herren Oberförstern, die Freuden der Jagd gönnen. Man könnte nach dem Vorbilde anderer Bundesstaaten in jeder Oberförsterei einen möglichst zentral gelegenen Teil für die Jagd des Forstpersonals reservieren. Aber darüber hinaus verlangt eine gesunde Staatswirtschaft gebieterisch die Verpachtung der Staatsforsten an Private. Derselbe Fiskus, der uns immer die verlockenden Zahlen der Grundstückspekulation vorbekamert, soll nicht vergessen, daß sich für ihn auf dem Gebiete des Abschusses von Wild eine sehr rentable Viehhäberspekulation entwickelt hat. Der „Nasjägererei“ kann der Fiskus jederzeit durch seine Pachtverträge begegnen.

Wenn Preußen nur zwei Drittel seiner Staatswaldungen an Private verpachtete, so wäre das ein Reingewinn von 2 bis 2 1/2 Millionen Mark. Warum wird diese Geldquelle nicht erschlossen? Und warum werden statt dessen die drückendsten Steuern erhöht?

**Ein Schauspiel der Verfehlung.** Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ unternehmen einen scharfen Vorstoß gegen den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg. Sie halten seine Regierungskunst für äußerst verderblich und glauben nicht, daß das Reich und Preußen sie noch lange ohne weithin sichtbare Krankheitserscheinungen aushalten werde. Das Blatt wendet sich gegen die Art und Weise, wie man bei uns Minister ernannt und entläßt, indem es schreibt:

„Aber die ganze Art, wie Minister ernannt und weggejagt, wie die Ressorts in Unruhe erhalten, das Staatsleben dauernd gestört, die Staats- und Reichskasse nicht infolge unabweisbarer Notwendigkeiten, sondern infolge wechselnder Stimmungen und schwankender Entschlüsse mit ungeheuren Rubrikgebühren für die noch länger Verwirrung abgeklagten „Probekandidaten“ belastet werden; die Art, wie das Kapital an Stetigkeit, Ansehen und Vertrauen im In- und Auslande durch diese von innerer Unruhe getriebene Politik fortwährend gemindert wird, fordert zur ersten Kritik heraus. Während die Nation im Innern durch den wütenden Parteihader zerissen wird, gibt die Regierung ein Schauspiel der Verfehlung, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann.“

Das ist für ein kapitalistisches Blatt reichlich kräftig gesprochen, hat aber durch die neuen Ministerjürge eine nachträgliche Befestigung erfahren.

**Der prägelnde Entschleiser.** Das Olsky L. P. wird der „Freie Sig.“ geschrieben: Welchen Freunden mitunter unsere Landarbeiter ausgesetzt sind, besonders wenn sie Ausländer sind, zeigt eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Olsky L. P. gegen den Rittergutbesitzer Holz in Schweflow, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Herr Holz war mit seinen Arbeitern in Streit geraten, dessen Ursache das Nichterhalten der kontraktlichen Verpflichtungen war, oder, wie es im Agrarische überlegt lautet: „die Unbotmäßigkeit der Leute“. Dieser Streit endete damit, daß drei Frauen der Arbeiter blutige Risse davontrugen. Als nun die sozialdemokratische Presse sich dieses Vorfalles bemächtigte und eine Kritik daran knüpfte, schloß sich Rittergutbesitzer H. beleidigt und strengte gegen den Redakteur Wehlich von dem „Stettiner Volksboten“ eine Verwallage an. Er erzielte auch dessen Verteilung zu 150 Mark Geldstrafe. Inzwischen war aber gegen ihn von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden; er wurde vom Stotper Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen legte er Berufung ein. Er wurde nun zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt.

800 Mark — die wird der schlagfertige Herr verschmerzen. Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission Die §§ 365 bis 381 behandeln die Pflichten des Rassenvorstandes § 366 enthält Bestimmungen über die Anstellung der Beamten und zwar befaßt Absatz 1:

„Bei den Dienststellen werden die Stellen der Beamten und derjenigen Angestellten, für welche die Dienstordnung gilt (die Dienstordnung gilt für alle ständigen Angestellten), durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstande besetzt.“

Wenn die beiden Gruppen sich nicht einigen, soll einfachst Stimmmehrheit entscheiden, aber die Beamtenwahl bedarf dann der Bestätigung des Versicherungsamtes. Wird die Bestätigung verweigert, dann soll auf Beschwerde des Vorstandes das Oberversicherungsamt endgültig entscheiden. Hierzu liegen eine große Anzahl Urträge vor. Das Zentrum beantragt, daß sich die Beamtenwahl unter diesen Punkten nur auf den Rassen- und Rechnungsführer, den Geschäftsführer und die Krankenkassentrolleure beziehen soll. Die Konservativen beantragen, daß auch die Kassaboten solcher schwerster Wahl unterliegen, und von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, daß politische und religiöse Betätigung eines Rassenbeamten kein Grund zur Verlegung der Bestätigung sein darf. Die Debatte ist wieder sehr heftig. Die Konservativen sind natürlich für die Regierungsvorlage. Das Zentrum möchte gern im Sinne der Konservativen und der Regierung retten, was zu retten ist, und die Nationalliberalen befinden sich mit in diesem beamteneinblischen Bunde, ihnen erscheint der Rassenantrag schon zu liberal. Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite wird in erster Linie die Streichung dieser Bestimmungen verlangt.

In der Abstimmung wird zunächst der konservative Antrag, die Rassenbotten dem Zentrumsantrag anzufügen, angenommen. Dann wird der Zentrumsantrag angenommen, der eine kleine Einschränkung der Regierungsvorlage bedeutet und schließlich findet auch gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen der sozialdemokratische Antrag Annahme. Als nun über den so gestalteten Gesamtantrag abgestimmt wurde, stimmten die Konservativen und Nationalliberalen wegen des sozialdemokratischen Paragraphen dagegen und die Sozialdemokraten und Freisinnigen lehnten den Paragraphen aus prinzipiellen Gründen ab. So fiel die ganze Bestimmung über die Anstellung der Beamten, die den Zweck hatte, Sozialdemokraten aus der Rassenverwaltung fernzuhalten.

Zu § 368 stellten die Konservativen den Antrag, daß die Abänderung des Rassenstatuts einer Mehrheit in beiden Gruppen bedürfen soll; der Antrag wurde aber abgelehnt.

Die §§ 368 bis 371 betreffen die Verhältnisse der Rassenangestellten. Hierzu sind umfangreiche Urträge der Sozialdemokraten und des Zentrums gestellt; die Urträge werden begründet, eine Debatte und Beschlußfassung aber ausgesetzt, bis die Kommissionsmitglieder Gelegenheit zum Studium der Urträge gefunden haben.

Bei § 372, der die Verwaltung der Rassenmittel betrifft, entspiant sich eine sehr lange Debatte über die Frage, inwieweit Rassenmittel für allgemeine Maßregeln zur Verhütung von Krankheiten Verwendung finden dürfen. Eine Verständigung ist sehr schwer, da Regierungsvorleger und Konservative hierin außerordentlich engherzige Anschauungen haben. Der Regierungsvorleger, Geheimrat Speithagen wäre am liebsten noch geneigt gewesen, die durch Gerichtsentscheidung zugelassene Wohnungsquote der Berliner Kaufmannskasse für ungesetzlich zu erklären. Schließlich einigt man sich dahin, daß die Mittel der Kasse außer zu den jagungsmäßigen Leistungen zur Füllung der Rastlage und zu den Verwaltungskosten noch für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung verwendet werden dürfen. Hier wird die Beratung abgeschlossen. Die Kommission beschließt noch, den Abschnitt über das Verhältnis der Rassen zu den Ärzten, Apothekern usw. vorläufig zurückzustellen.

## Holand von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Gering.)

Und da überhört er's ganz, der überliche Junge, daß sie ihm sagte, der Vater sei schon fort, und ihn fragte, was es in der Stadt gebe? Er, der allzeit voran ist, wo es Wärm gibt, wußte keine nichts davon, daß es laut war, hatte nichts gesehen von den Leuten, die ihm auf den Gassen entgegenkamen, und die ihn fragten, hatte er nicht gehört. Mußte ihn Elisabeth ihm bei der Hand ans Fenster ziehen, wie die Leute um die Buden standen, und ihr wab her liefen, und einige Krämer schlossen ihre Buden, gleich als wie sie tun, wo sie einen Auslauf fürchten.

„Was schreit's mich“, sprach er lachend, und schaute ihr ins große, blaue Auge, daß sie ihres kienke. „Bin warum nicht kommen.“

„Warum kommst Du? fragte sie, und schlug ihre Augen kaum wieder auf.“

„Ich komme, weil Dein Vater mich beschied“, sagte er, und lachte wieder so recht tollig, daß es ihr fast bang wurde. So hatte sie ihn noch nicht gesehen. „Will mir was Gutes sagen, Dein Vater.“

„Ach, Du armer Junge!“ dachte die Jungfrau. „Und es ward immer lauter draußen, Hausen Volles rogen nach der langen Straße; andere entgegen, es mochte und wußte sie schrien und holten die Waffen, die Krämleute alle schlossen ihre Buden. Die Krämmer an dem Esenster schlug die Hände über den Kopf. Einige sprachen von Feinden vom Tor, andere vom Kurfürsten.“

„Der Kurfürst!“ rief Elisabeth. „Was soll der Kurfürst?“

„Der Kurfürst ist ein herrlicher Mann“, sagte Henning, „er ist aber auch ein guter Mann. Was gilt's, so ist ihn bäre, er wäre mein Brautvater.“

Die Jungfrau sah ihn angründlich, aber mit Teilnahme an: „Henning, wie Du redest! — Haben die Leute doch recht, die meinen, sie hätten Dir was in den Kopf gesetzt in Schwandau? Du bist mein lieber Jugendfreund, Henning, gewiß, es tut mir um Dich leid, wenn Du Dir was einbildest. Aber Du bist auch ein gescheiter Junge. Geh' mir, der Kurfürst Dein Brautvater!“

„Was keine Grafentochter! Können mir alle Grafentochter verheiratet werden. Ich will ein Kind aus der Stadt, ein prächtiges Kind, mit blauen Augen und blonden Locken wie Du.“

Henning Frau soll nicht zu Boden sehen. Ich lieb' sie von ganzer Seele und aus ganzem Herzen, und so hab' ich sie geliebt, als ich noch so klein war, und sie so klein —

„Narr!“ sagte Elisabeth, aber es klang nicht böse. „Die kenn' ich auch, die mag Dich aber nimmer.“

„Was gilt's! Schlag ein, sie will mich.“

„Henning! Was willst Du?“

„Die Hand.“

„Nimmermehr.“

„Und die muß ich haben, die werb' ich haben.“

„Herr Gott, wie die Leute draußen stürmen, höre doch.“

„Daß sie stürmen, in mir stürmt's auch. Ich möchte mich auf ein Korb setzen, das Flügel hat, und über die Mauern sehen, ich möchte so groß werden wie der Roland, und mit dem Kopf die Erde einstoßen. Zurufen möcht' ich allem Volk: Was freit ihr um 'nen Habertisch; ich bin glücklich! — Lassen möchte ich die Spitze von Sankt Nikolaus, und die von Sankt Peter mit der anderen Hand, und wie zwei Keiser zusammenbiegen.“

„Henning, Du redest.“

„Kann nicht, habe Dich ja vor mir. Der Vater, der Vater, nun kommt er nicht bald.“

„Sie führten nach den Morden, was ist's? — Der Vater ist fort.“

„Henning, das geht nicht.“

„Liebt mich nicht?“

„Hab dich geliebt recht sehr, und liebe ich noch, denn ich ist gut, und gönne dir alles, alles Gute; will auch, wenn du eine Jungfrau stündest, die dein wert ist, und dir gleich, sie leben und schmücken und, willst du's, ihre Brautjungfer sein.“

„Aber — Elisabeth, allerliebste, allerbeste Elisabeth —“

„Sie schüttelte den Kopf: „Geh' nach Haus, guter Henning, und mach' dich nicht närrisch vor den Leuten.“

Er fuhr mit beiden Händen über den Kopf, als wollte er sich die Ohren öffnen, um zu hören, was ihm nicht möglich schien, oder um sich die Sinne zu stärken für etwas, das zu stark war. Eine Glocke, die sprang, das hätte nicht so gelungen.

„Gib — wenn mir das ein anderer sagte — Du hast's auch nicht gesagt, du sollst, du darfst es nicht gesagt haben. Ich will's nicht gehört haben. O sprich noch einmal.“

„Es ist so, Henning.“

„Warum? — Es darf nicht so sein. Warum närrisch!“

„Du ihr Heiligen! Ich habe auch Augen, ich habe Ohren. Ich sah es ja, ich hörte es ja, was dein Vater sprach. Kopf du gelogen, als du mir nichtest, mir die Hand brüdest? Doch er, als er mir die Hand schüttelte, als er mich her beschied, ich eher, desto besser. Wollt' er mich aufziehen, mich, meines Vaters Sohn, der ihn am Treimmer Damm — nein, wer das vom Johannes sagt, ist sein Feind. Der ist ein Ehrenmann.“

„Er ist dir gut, herzlich gut. Und er beschied dich, weil er tun will, was an ihm ist, daß sie dir die Stadt Fährlein in die Hand geben, weil er meint, daß du's wert bist.“

„Das Fährlein!“ rief Henning. „Die kalte Stange hatt der warmen Hand. Das kann der Schmelze Lybde auch halten, der Metzger Veerborn so gut als ich. Das Fährlein war's heiliger Christ! Das Fährlein mag ich nicht, nun gar nicht. Dich, Elisabeth, will ich, dein bin ich auch wert. Gewiß und wahrhaftig. Es kann niemand so mit ganzer Seele dich lieb haben, als wie ich. Bin ich dein nicht wert? Beig' mir einen, der's mehr ist. Bin guter Eltern Kind, kein Wandert ist in meiner Familie, als weil wir rechnen, hab' Haus und Hof und Leute, brauch' nicht die Hand zu rühren, wenn ich nicht will. O du solltest — ach Gott, ich wüß nicht was! — Sieh, Elisabeth, war's nicht um dich, ich wär' längst hinaus aus diesen Mauern. Sind wir zu eng, zu schmugig, zu dunkel. Haben schlechtere Leute als ich ihr Glück gemacht in der Welt. Im Reich brauchen sie Leute. Ward mancher ein Leuchtmann und Obrist, der seine Schilde vor sich hat. Ich das schlechtere, als des Vaters den Boten führten? Du, du allein hast mich hier gefestigt, daß ich hier blieb, und nicht's bin. Du ganz allein. Herzallerliebste Elisabeth, was soll's ich dir sagen?“



Immer noch das Wahngesamtheit. Wie die „Frankfurter Zeitung“ von unverlässiger Seite aus Baden erzählt, hatte der Großherzog Friedrich die Absicht, gegen die Vorstandsmitglieder beim Vatikan Verwahrung einzulegen. Die preussische Regierung habe es jedoch durch Einspruch von bekannter hochstehender Seite verhindert, den Schritt zu hinterziehen. In den Kreisen des evangelischen Oberkirchenrats ist man nicht wenig verstimmt darüber, daß nur ein katholischer Pfarrer, der König von Sachsen, es gewagt hat, gegen die römische Annahme zu protestieren, während sich die evangelischen Pfarrer dem Wunsche Preussens fügten, „um des lieben Friedens willen“.

Als ob das etwa Neues wäre! Es gibt kein Land in Europa, das dem Papste so untertan wäre als Preußen. Schwarz und Schwarz stellt sich gern!

Erst das Geld im Kassen Kinnat. . . Der in Würzburg erscheinende „Armenseelenbote“ offeriert in seiner Abonnements-Einladung folgendes:

„Im weiteren machen wir unsere geehrten Abonnenten darauf aufmerksam, daß wir vom dritten Jahrgang an jährlich 72 heilige Messen für die Anliegen der Abonnenten und zum Troste der armen Seelen lesen lassen werden, ferner über den Abonnementspreis im voraus einsehen, wird in den „Sündenvergnügen“ der verlassenen Seelen im Fegefeuer“ aufgenommen, in welchem jede Woche über 4000 heilige Messen gelesen werden.“

Eine keine Art „Gottesdienst“ ist es, der sich mit 4000 „heiligen“ Messen zur Zeitungsverkäufe bedient. Und Schafe müssen es sein, die sich auf solche Art einsagen lassen.

Die Kassen für das Dünungennat, die auf 40-50 Millionen Mark jährlich beziffert wurden, sollen, so erklärt man an maßgebender Stelle, weit über die Wirklichkeit hinausgehen. Die genauen Zahlen, die schon seit längerer Zeit feststehen, könnten indessen mit Rücksicht auf das Ausland einweilen noch nicht bekannt gegeben werden; sie dürften aber kurz vor der Einbringung der neuen Militärvorlage veröffentlicht werden.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz wird doch noch länger auf sich warten lassen, als längst von der parlamentarischen Regierung angekündigt wurde. Die „Post“ hat sich an zuständige Stellen gewandt und dabei erfahren, daß vorläufig noch nicht an einen fertigen Gesetzentwurf zu denken ist. Zunächst sind die diplomatischen Vertretungen Deutschlands im Ausland erst einmal zur Erstattung von Gutachten aufgefordert worden, die aber noch nicht alle vorliegen. Erst wenn dies der Fall sein wird, werden wieder kommissarische Beratungen stattfinden, und erst dann wird der Gesetzentwurf seiner umrissenen Formen annehmen können.

Mangelnde „nationale“ Opferwilligkeit. Die vielgerühmten Adressatanten Diamanten scheinen doch nicht überall so dicht gelegen zu sein, daß man sie, wie es vor demnächst orientalisches-ippiger Phantasie schwärmt, einfach vom Boden zusammenkratzen kann. Viele Inhaber von Feldern in der Nähe der „Empfangsbüchse“, die statt Diamanten ausgegraben, ihr eigenes Geld in den Boden hineingegraben haben, haben nun die Geschichte satt und wahren ihre teuren Felder gern los. Sie haben nun mit englischen Gesellschaften Abkommen getroffen, daß diese ein paar Monate das Schürrecht erhalten, um sich dann zu entscheiden, ob sie die Diamantfelder — um sehr billiges Geld — behalten wollen. Inzwischen hat die Börse durch die schwindelhaft gesteigerten Kurse der Kolonialwerte ihr Schälchen ins Rollen gebracht. Zum Schaden hierzu liegen aber die hereinfallenden Diamantengraber noch nationale Fußstapfen von der bürgerlichen Presse, weil sie den unglücklichsten Patrioten den Rat, doch selbst die Felder anzukaufen und den Geldebeutel für das Vaterland bluten zu lassen. Noch ist's Zeit!

Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielten am 24. Juni bei der Stichwahl in Friedberg-Bildungen Scheinermmeister Duiold (Soz.) 11548 und Rechtsanwalt Dr. v. Helmolt (Wund der Landwirte) 9414 Stimmen.

## Ausland

### Die Mutterchaftsversicherung in Italien.

Endlich ist das Gesetz für die Gründung einer Mutterchaftskasse in der italienischen Kammer durchgegangen. Dieses Gesetz stellt eine Ergänzung des Arbeiterinnenschutz-Gesetzes vom Jahre 1902 dar, das die industriellen Arbeiterinnen für die Dauer von drei bis vier Wochen nach der Entbindung von der gewerblichen Arbeit ausschließt. Die Mutterchaftsversicherung bezieht sich nur auf die in den Bereich des Schutzes fallenden Arbeiterinnen. Es sichert einer jeden nach einem Abort oder einer Entbindung eine Unterstützung von 40 Lire (88 Mk.). In dem ursprünglichen Projekt belief sich die Unterstützung auf 30 Lire und die Beiträge der Arbeiterinnen und der Unternehmer sollten zu gleichen Teilen die erforderlichen Kapitalien aufbringen. In der Folge hat man aber die Regierung zu bestimmen vermocht, zu jeder Unterstützung 10 Lire anzulegen, was noch unter dem Ministerium Sonnino erwirkt wurde. Somit verteilen sich die Kosten für die Mutterchaftskasse in der Weise, daß die Arbeiterinnen drei Viertel, die Unternehmer ebensoviel und die Regierung zwei Viertel der Kosten tragen. Wenn das Gesetz nicht noch im Senat auf Hindernisse stößt, kann es am 1. Januar 1911 in Kraft treten.

### Der Stand der Verfassungsfragen in England.

Der Tod König Edwards hat die Entscheidung des Streites um die Stellung des Oberhauses hinausgeschoben. Der Wunsch beider großen Parteien nach Vermeidung baldiger Parlamentsneuwahlen trifft zusammen mit dem Bestreben des neuen Königs, den Thron noch näher stehen soll, als sein Vater stand, dem Oberhaus das Schicksal eines Kampfes mit der Demokratie zu erparten. So kam man zu dem Abwogen, durch eine außerparlamentarische Konferenz der Parteiführer womöglich den Kampf durch eine friedliche Vereinbarung zu erledigen. Von Vereinbarkeiten ist erklärt worden, daß es sich dabei nur um zeitliche Einzelfragen handeln könne, und daß die Regierung in keinem Fall die geforderte Vorherrschaft des Unterhauses preisgeben werde. Aber die Entschieden-Radikalen, die schon früher große Mühe gehabt haben die unerschütterlichen Werde der rechten Rabinetschäfte bis an den Graben des Konflikts zu harnen, sehen der ganzen Sache mit großem Mißtrauen an. Entschieden tritt die Arbeiterpartei auf. Deren Fraktion hat folgende Resolution gefaßt:

„Die Vorschläge zur Abänderung der Beziehungen zwischen beiden Häusern des Parlaments und zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des Hauses der Gemeinen bilden keine Abänderung. Wir protestieren gegen jede Annahme einer Resolution durch die Führer der großen Parteien behufs Abänderung jener Entscheidung.“ Die irische Fraktion verhält sich ebenfalls ablehnend.

Der Ministerpräsident hat auf Anfrage im Unterhaus nähere Auskunft in Aussicht gestellt, einweilen aber jede Erklärung verweigert. Man darf dem Ergebnis der Verhandlungen, das für die Zukunft der englischen Demokratie auf lange entscheidend sein wird, mit Spannung entgegensehen.

### Ablige Schwarzer.

Genosse Dazhynski hat im Österreichischen Abgeordnetenausschuss in glänzender Ausführungen gesagt, wie der Adel, diese kleine, abgetane, abgelebte und abgewirtschaftete Minorität, der wie ein Krebs an modernen Staat hebrt, der von der Solange abhängig ist und von Vergünstigungen auf allen Gebieten lebt, durch Gesetzgebung und Regierungsmassregeln in seinem arbeitslosen Dasein erhalten und bereichert wird. Eine Ergänzung dazu gibt die russische Staatsrat, die denselben Adel als den ausgehaltenen Lakaien des Großkapitalismus zeigt. Es würde seltsam sein, daß nicht weniger als 152 Adlige ein Adels- und Marquisat

108 Grafen und 44 Barone, als Verwaltungs- und Ausschüsse in Adelsvereinigungen annehmen 848 Posten innehaben. Man weiß, daß die Adelsvereinigungen die Landbesitzer, die diesen Herren anflehen (die „Vollstimme“ berechnet sie viel an niedriger 1.872.000 Kronen) und die „von Rechts wegen“ ihren eigenen Kapitalisten anflehen müßten, als „Spezial“ betrachtet. Man kauft damit die „glänzenden“ Namen und die hochragenden „Bezeichnungen“. Der Folge, „historische“ Adel aber nimmt die Trinkschilde aus der Hand der verachteten Juden und Roffmilch.

Spanien und der Vatikan. Die vatikanische Presse veröffentlicht einen heiligen, gegen die spanische Regierung gerichteten Artikel, in welchem zwischen den Zeilen zu lesen ist, daß der Papst gegebenenfalls die Karlisten unterstützen wird.

Die Republikaner und Sozialisten planen für Sonntag in Madrid und anderen Hauptstädten Spaniens Demonstrationen zu Gunsten der Republikfreiheit. Die Antwort des Rabinetschefs auf den Protest der Deputierten wird wegen ihrer energischen Sprache günstig aufgenommen.

Die Anzahl der Adressen in Spanien. Die „Vollständige Zeitung“ meldet aus Madrid: Durch die nunmehr fertiggestellte Statistik der Adressen hat sich unter anderem ergeben, daß in Biscaya allein 117 Adressen existieren. Der Führer der Liberalen, der ehemalige Ministerpräsident Marek, erklärte seine Unterstützung für die Durchführung der antikerischen Politik. Dadurch erscheint die Stellung des Ministerpräsidenten Canaleja gestärkt.

## Partei-Angelegenheiten.

Wahl von Delegierten zum Parteitag. Nach § 7 des Organisationsstatuts der Partei richtet sich die Verteilung der Reichstagswahlkreise auf dem Parteitag nach der Mittelbezugszahl, die vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 des Organisationsstatuts an die Zentralkasse abgeführten Beiträge festgesetzt wird. Der Parteivorstand hat zur Ausführung dieser Bestimmung bereits im November vorigen Jahres die Organisationsaufsicht, ihre Festsetzung zu veranlassen, daß sie vom 1. Januar d. J. ab für die Ausführung von Beiträgen an die Zentralkasse das zu diesem Zweck angelegte Abrechnungsformular benutzen sollen. Das ist leider vielfach nicht beachtet worden; da ohne diese Unterlagen die Wahl der Parteitag-Delegierten der Wahlkreise aber nicht festgesetzt werden kann, werden die künftigen Organisationsarbeiten dringender aufgeführt, die Anrechnung über die vereinnahmten Beiträge schnellstens, spätestens bis zum 5. Juli, dem Parteivorstand zuzustellen.

Die Partei in Schwarzbura-Rudolstadt. Am Sonntag tagte in Rudolstadt der Landesparteitag für Schwarzbura-Rudolstadt. Es waren 21 Orte durch 40 Delegierte vertreten. Im ganzen Lande sind circa 1500 Genossen politisch organisiert. Für das Berichtsjahr 1909/10 balanzieren die Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 6882,39 Mark. Das von der Gewerkschaften und der Partei in Leben getretene Arbeitersekretariat, in welchem Genosse Stefanowski wirkt, hat sich als eine dringende Notwendigkeit gezeigt. Im letzten Jahre sind 2028 Auskünfte erteilt worden.

Ueber die Reichstagswahl sprach der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Landtagsabgeordneter Hofmann-Saalfeld. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß es gelingen werde, den Wahlkreis, den wir schon in der vorigen Legislaturperiode befaßen, diesmal wieder zurück zu erobern. Der Bericht über die Presse zeigte, daß im Ganzen nur vorjährigen Station das „Vollblatt“ in diesem Jahre bereits um 450 gestiegen ist, die Abonnentenzahl beträgt jetzt 6200; davon entfallen auf Schwarzbura-Rudolstadt 2400, auf Meiningen 1600, auf Weimaringen 1100 und Sonneberger Bezirk ausgenommen 2200. Es war in der Verlesung der im vorigen Jahre noch bestehenden schlechten wirtschaftlichen Lage ein Defizit von 1200,39 Mark zu verzeichnen. Von einer Reihe Drie sind Anträge eingegangen, die sich auf die Tätigkeit der Landtagsabgeordneten beziehen. Sämtliche Anträge wurden der Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Ein sozialistisches Blatt, das um eine königliche Medaille litt. In Genua erscheint eine sozialistische Tageszeitung „Il Lavoro“, die Genium der Gewerkschaften und Genossenschaften der Provinz ist, aber, ohne Parteipartizipation, ausschließlich Parteigenossen in der Redaktion hat. Dieses Blatt hat sich nun, bei Gelegenheit eines von ihm organisierten Wettrenns für Radfahrer, an den König gewendet, mit der Bitte, einen Preis zu stiften. Der König hat denn auch richtig eine kostbare goldene Medaille geschickt und sie mit einem lebenswichtigen Begleitschreiben an den Chefredakteur des Blattes, Genossen Canepa, der Redaktion übergeben lassen. Nachdem man es in Parteikreisen dem Genossen Ferozi überliefert hat, daß er mit dem König einen Händehubertausch, ist wohl zu erwarten, daß das Verhalten Canepas zu viel heftigeren Angriffen Anlaß gibt. Es liegt an der Hand, daß es sich hier nicht mehr um einen bloßen Höflichkeitsschick handelt, sondern einfach um eine Bitte, die auch als Beutelei angesehen werden könnte. Allerliebst ist die Bemerkung, daß der König helfen soll, für ein sozialistisches Blatt Bekanntheit zu machen, denn um anderes kann es sich doch bei einem solchen Wettrennen, das nach dem Minister der französischen Presse von einer Zeitung organisiert wird, nicht handeln. In Italien scheint nach und nach eine sonderbare Sorte von „Sozialisten“ heranzuwachsen.

## Arbeiterbewegung.

Achtung, Steinarbeiter! Die Firma Heibler u. Wimmer sucht durch Inserate in den verschiedensten Zeitungen des In- und Auslandes Steinarbeiter, Brecher usw. für ihre deutschen Betriebe, trotzdem erst kürzlich auf dem Werkplatze in Adressen wieder acht Mann abgehoben wurden, wegen Arbeitsmangels, nachdem dieselben noch keine volle Woche dabeifast beschäftigt waren. Gearbeitet wird im Allord Die Entlohnung ist so gering, daß es bei größtem Fleiß nicht möglich ist, den Minimal-Subsistenzlohn zu verdienen. Beschwerden werden mit verbindlichem Lächeln und Achselzucken abgelesen. Man braucht ja nur inferieren und es dauert nicht lange, sind 100 Fremde da, scheint nach seinem eigenen Ausspruch die Parole des Oberpoliziers Clemens zu sein. Unseren Arbeitsbrüdern aber raten wir, in ihrem eigenen Interesse sich die dauernde Arbeit sowie einen Minimallohn schriftlich zu sichern und nicht ohne weiteres auf die Reklamschreie hinarbeiten lassen. Die Verordnungen, welche der Bundesrat zum Schutze der Gesundheit der Steinarbeiter erlassen hat und auf deren Durchführung die unteren Verwaltungsbehörden dringen sollen, scheint die Firma Heibler nicht zu kennen. Die meisten Kollegen müssen im Freien arbeiten, im Goldbacher Friedersdorf, sowie in Adressen. Bei jedem Regenschauer wird erzählt, daß Zimmerleute zum Arbeitsbündenbau bestellt seien. In Wirklichkeit kommt weder Holz noch Zimmermann. Um unsere Kollegen vor Schaden zu bewahren, bitten wir um Beachtung dieser Zeilen.

Tarifbewegung der Berliner Steinarbeiter. Die Berliner Steinarbeiter, die im Dachhändlerverband organisiert sind, haben in einer am 27. Juni abgehaltenen Versammlung beschlossen, den am 14. Oktober 1907 mit dem Verband der Berliner Steinfabrikanten abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September cc. zu kündigen und die Organisationsleitung mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt. Die Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission wurden mit der Aufarbeitung eines neuen Entwurfes betraut, der in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorgelegt und dann der Unternehmerorganisation übermittelt werden soll.

Streik der Gasarbeiter in Frankfurt-Bockenheim. In der englischen Gasanstalt in Frankfurt-Bockenheim ist in dem größten der drei Werke ein Arbeitsstreik ausgebrochen. Veranlassung dazu gab die Maßregelung von fünf Arbeitern. Auf Verlangen des Gaulters vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Erklärungen erklärte der Direktor Drory, daß er für niemanden zu sprechen sei, setzte sich in seine Kammer und ließ davon. Daraufhin nahmen die Arbeiter des Werkes in einer überfüllten Versammlung als der Analepenheit Steuere. Alle Reduc

traten für die sofortige Arbeitsunterbrechung ein. Am Sonntag früh lezten dann von etwa 170 Beschäftigten bis auf 10 bis 15 ältere Leute, sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Die Verwaltung hatte inzwischen versucht, die Leute zu halten, der Direktor kam nach Mittag 12 Uhr ins Werk gefahren. Es war aber alles vergebens, die Entlassung der Arbeiter, die jahrelang durch Gewaltmaßregeln eingeschüchelt wurden, war zu groß. Die Direktion hat nun schon versucht, von der Herzberg Leute hinzuzusetzen, die aber nach der nötigen Aufführung wieder abgezogen. Wenn auch die Verwaltung endlich bemerkt ist, daß dem steinernen Werk heute nach Bockenheim zu schaffen, was sie mittelst Auto besorgt, so dürfte es ihr doch nicht gelingen, den Betrieb anzufangen zu erhalten. Die Situation für die Streikenden ist daher eine gute.

Die Arbeiter allerorts werden ersucht, mit den Frankfurter Gasarbeitern, deren Lage eine sehr schlechte ist, Solidarität zu üben.

Die Lithographen und Steinbrucker in Nordhausen am Harz stehen in einer Tarifbewegung, um die sehr rückständigen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Tarif wurde den Unternehmern unterbreitet. Es wird ersucht, bis auf weiteres Bezug nach Nordhausen zu vermeiden.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Stieg, 20. Juni. Neue Verhandlungen zwischen den Bauunternehmern und der Lohnkommission der Arbeitnehmer haben dahin geführt, daß die Unternehmer endlich zu einer anderen Stafflung der Zulagen bereit sind. Es soll für 1910 eine Zulage von 2 Pf., für 1911 ebenfalls und für 1912 eine Zulage von 1 Pf. in Kraft treten. Sonnabend soll eine Versammlung der Bauarbeiter, die bei Hoffmann in der Hirschbergstraße, Abends 5 1/2 Uhr, stattfinden, dazu Stellung nehmen. Die noch fällige Unterstützung wird vor Beginn der Versammlung ausgezahlt.

Stieg, 20. Juni. Einen Revolver streift dieser Tage ein Musiker des hiesigen Musikkommandos aus. Er verschaffte sich die Uniform eines Hauptmanns und erprobte die Schießerei der Wachen in der Kasernen und auf dem Kasernenplatz. Dann ging er in die „Hittener Bierhalle“, wo er sich insolge seines angebrachten Zustandes ungebührlich benahm, aber von der Kellnerin als Durstige erkannt wurde. Der fällige Hauptmann ging dann nach Hause. Aus Furcht vor der Strafe eismierte sich der Soldat am 22. Juni von der Truppe und begab sich nach Lauban, wo er versuchte sich im Duesis zu ertränken. Er wurde besonnenlos am Ufer des Duesis aufgefunden und in die Wohnung seiner Eltern nach Berlesdorf, Kreis Lauban, gebracht. Hier erfolgte seine Verhaftung. Der Soldat behauptet, bei seinem Gastspiel als Hauptmann vollständig betrunken gewesen zu sein.

Stieg, 20. Juni. Im Namen des Königs wurde am Montag früh 4 Uhr auf dem Hofe des hiesigen Landgerichts der Hilschreibrudner Scholz, der Arbeiter der Alma Sprenger aus Stieg, durch Chartrichter Schweg aus Breslau hingerichtet.

Stieg, 20. Juni. Feuer. In der Nacht zum Sonntag entzündete in der Scheune des Stenobesitzer Schmidt in Brunau Feuer, das so schnell um sich griff, daß das Gebäude niederbrannte. Nur mit Anstrengung gelang es, das Wohnhaus und die Nachbargebäude zu retten. Da sich in der abgebrannten Scheune wertvolle Maschinen und größere Holzvorräte befanden, ist dem Besitzer ein großer Schaden entstanden.

Stieg, 20. Juni. Beschlagnahme einer Kindeleiche. In Stieg ist durch die Staatsanwaltschaft zu Liegnitz am Mittwoch die Beschlagnahme einer Kindeleiche erfolgt. Dem im Oberdorf wohnenden Schneider Schwabs war am Montag plötzlich ohne weiteres vorheriges Kracklein ein Mädchen im Alter von 1 Jahr gestorben. Da im Dorfe bald das Gerücht umherging, das Kind sei durch Einwirkung dritter zu Tode gekommen, wurde die Beschlagnahme der Leiche angeordnet. Wie verlautet, hat die Obduktion keinen Anhalt für die Todesursache ergeben.

Stieg, 20. Juni. Eisenbahnereignis. Dem Rangiermeister Gullmann aus Bolmsch-Wachen wurden in vergangener Nacht auf dem hiesigen Bahnhof beide Beine abgefahren. Gullmann starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Stieg, 20. Juni. Die Tariffrage der Unternehmern aus Stieg. Obwohl hier genügend Arbeit vorhanden ist, halten die Unternehmer unter den Arbeitern eine Anleihe und stellen vorzugsweise nur jüngere Kräfte oder ausländische Arbeiter ein. Die meisten verheirateten Kollegen hummeln noch, während die Ausländer alle voll beschäftigt werden. Wenn die Unternehmer so die Tariffrage achten, dann haben wir keine Ursache, aber die Arbeiter zu reden, die berechtigten Zweifel darin setzen.

Stieg, 20. Juni. Von Hundeserfleischt. Im hiesigen Gastierenden Altes Blumenfeld wurde ein Ferkelarbeiter von Hundebissen überfallen und in entsetzlicher Weise gefleischt. Der an Armen und Beinen schwer Verletzte mußte alsbald dem Krankenhaus zugeführt werden.

Stieg, 20. Juni. Staatliche Fürsorge für Arbeitswillige. In Woschin bei Posen zerfallen die Ziegelarbeiter. Ein eigenartiges Bild konnten die Tagelöhner des Jagetz-Lissa-Posen am Sonntagabend beobachten. Acht arbeitswillige Ziegelarbeiter zogen in geschlossenem Zuge nach der Arbeitsstätte. Von hinten zwei Gendarmen und den Zug schlossen wieder zwei Beilichte zu Pferde. Die schwere Beschreiber schickten die Leute nach dem hiesigen Werk zu Wachen gefaßt. Das Publikum im Eisenbahnhause wie auch einige umherstehende Männer konnten sich der Situation, die wahrhaft komisch wirkte, nicht erwehren. So erzieht man sich Freude über die Sache der Unternehmer. Es zeigt sich ein Bild. Doch, traghaltem wird auch hier die gute Sache liegen müssen, denn die „großen Mähe“ haben ja die Bewegung verursacht, und auch diese Willigen werden insolge der dortigen erbärmlichen Zustände zeitig genug ihr Unrecht einsehen.

## Briefkasten.

Waldenburg. Des Antragsgeld in dem Landarbeiter-Verband beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 30, 60, 80 Pf. Nach Ihrem Verdienst müßten Sie 20 Pf. zahlen. Der Verband gewährt Rechtschutz, Kranken-Unterstützung, Unterstützung bei Maßregelung und Sterbegeld.

U. Veremda. Die Kosten der Reparatur können Sie auch dann von der Miete abziehen, wenn der Wirt damit einverstanden ist, oder die Wohnung auf seine Anweisung angebeffert werden ist. M. P. Lassen Sie die Wohnung vom Adressierten Wohnungsverpflichtet, an der Adressierte 3/4, unterziehen. Wenn sich dabei herausstellt, daß die Wohnung gesundheitsgefährlich ist, haben Sie keine Miete zu zahlen.

M. Gahnau. Fensterreihen, die vom Sturm zerfallen werden, müssen, wenn nichts anderes verabredet worden ist, vom Wirt auf seine Kosten wieder eingestrichelt werden. Neumarkt 1001. Die Kosten einer dreitägigen Haft können Ihnen nur dann vom Lohne abgezogen werden, wenn er jährlich mehr als 1500 Mk. beträgt.

Schulstraße 100. Anfrage ohne Unterschrift und Wohnungsangabe beantwortet nicht.

St. Friedland. Lesen Sie denn die „Vollmacht“ nicht, daß Sie solche Fragen stellen? Die Namen unserer Leser werden selbstverständlich von uns nicht genannt und da der fragliche Bericht, wie Sie angeben, und wie wir Ihnen bestätigen, ganzlich von Ihnen war, kann doch Ihr Name um so weniger darunter angegeben haben. Ein Brief von Ihnen aus dem Monat April können wir uns nicht erlauben und wissen demnach auch nicht, warum sie keine Verwendung gefunden hat.



Morgen Donnerstag, den 30. Juni, beginnt mein

# Sommer-Ausverkauf.

Hervorragend billige Kaufgelegenheiten in allen Abteilungen.

Preismässigungen bis 50%

== Kassa-Rabatt 10% auf alle Waren. ==

Kein Umtausch!

Verkauft nur gegen Bar!

5278

# J. Mamlok, Kupferschmiedestrasse 42.

## Schauspielhaus

Gastspiele  
**Maria Mayer.**  
29. Juni und 1. Juli 8 Uhr.  
„Die Cloconda“  
30. Juni und 3. Juli 8 Uhr.  
„Die rote Robe“  
2. und 5. Juli 8 Uhr.  
„Monna Vanna“.

## Sommer-Theater

(Lieblich Etablissement).  
**„Taifun.“**  
Japanisch. Sensations-Schauspiel  
in 4 Akten von Melchior Lengyel.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Garten: Grosses Konzert.

## Viktoria-Theater

Täglich:  
„Breslau!  
was sagst Du nu!“  
Revue in 6 Bildern mit  
**Henry Bender.**  
Anfang 8 Uhr.  
Preise wie gewöhnlich.

## Zeltgarten

Dir. H. Krainoth.  
Künstler-Vorstellung  
im  
**Garten.**  
Eintritt  
**10 Pfg.**

## Palmengarten.

Dir. H. Krainoth.  
In neu dazu gedichteten  
**Garten**  
Frei-Konzert.

## „Scala“

Sommertheater, Nikolaistr. 27.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Krone  
und  
Fessel.**  
3257

„Reformier“ = überall täuschlich!

## Möbel

Gute Waren spottbillig  
auf  
**Abzahlung**  
**Anzüge**  
**Heberzieher,**  
**Kinderwagen**  
Anzahlung  
Nebensache!  
**Max Biermann**  
52 Ring 52, 1. Stg.  
neben der Stadtgasse.  
Filiale:  
Baldernburg i. Schl.  
Auch nach auswärts.

## Konsumverein für Gottesberg und Umgegend

c. G. m. b. H.  
Mit dem 30. Juni schließt das 5. Geschäftsjahr. Die Mit-  
glieder werden hiermit aufgefordert, ihre Dividendencheine und  
Marken, sowie die Mitgliedsbücher bis zum 10. Juli in den Ver-  
kaufsstellen abzuliefern. Später eingehende Dividendencheine  
und Marken werden nicht berücksichtigt. Wegen der Inventur  
bleiben am Sonntag, den 3. Juli, die Verkaufsstellen auch früh  
geschlossen.  
Donnerstag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, in den  
„Drei Kaiser-Glöhen“, Neu-Sähig  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Mitglieder aus Lager 2. Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.  
3230

Die geschlechtliche  
**Aufklärung der Kinder**  
von Otto Rühle.  
Preis 10 Pfg.  
Buchhandlung Volkswacht.

In freien Stunden, jeft 10 Pfg.

**Gehr. billige Möbel!**  
Schränke, Sofas, Tische, Stühle,  
Bettstellen, Stühle, Heberziehen zu  
verkaufen Friedrichstraße 66. 3279

für 3185  
**Vereine  
und  
Kinderfeste**  
empfehle ich  
Lampions, Fahnen,  
Verlosungs- u. Geschenkartikel  
zu ganz aussergewöhnl. billigen Preisen  
Galanterie- u. Spielwarenhaus  
**Alfred Scholz**  
Kupferschmiedestrasse 1,  
Altbückerstrasse 29.  
Vereine erhalten Extra-Rabatt.

## Erfindung für Dreher

Mit Hilfe dieser vom Kaiserl. Patentamt geschützten Vor-  
richtung Nr. 413 544, sind die Wechselräder ohne zu  
rechnen für Gang und Wälzmetergewinde für Drehbänke  
mit einer Selbstindel von 2, 2 1/2, 3, 4, 5 und 6 Gang  
auf 1" engl. zu ermitteln.  
Preis 60 Pfennig.  
Buchhandlung Volkswacht.

Sieheben erschienen:

**Die Sozialdemokratie  
und das Heer**  
Preis 10 Pfg.  
Buchhandlung Volkswacht.

# Saison- Räumungs-Verkauf

**5 extra billige Tage 5**  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag.  
30. Juni 1. Juli 2. Juli 3. Juli 4. Juli

An diesen Tagen verkaufe, um zu räumen, zu hervorragend  
billigen Preisen  
**garnierte Damenhüte \* Backfisch-Hüte \* Kinder-Hüte**  
**Auto-Mützen \* Teller-Mützen.**

Ferner:

Ein Posten <b>Matrosen-Hüte</b> englisch garniert, zum Aussuchen, jetzt Stück <b>1.35, 1.15 Mk., 25, 65 Pf.</b>
Ein Posten <b>Glockenformen</b> englisch garniert, zum Aussuchen, jetzt Stück <b>1.95, 1.65, 1.35 Mk., 95 Pf.</b>
Ein Posten <b>Jugendl. Glocken u. Bretons</b> engl. garn., z. Aussuchen, jetzt Stück <b>2.45, 1.95, 1.65, 1.35 Mk.</b>
Ein Posten <b>eleg. garn. Hüte</b> Modelle u. Kopfen, welche sich nur in der 1. Etage befinden, jetzt zu <b>auffallend billigen Preisen.</b>

Ein Posten ungarnerierte Hüte!  
Serie I Stück **45 Pfg.** Serie II Stück **85 Pfg.** Serie III Stück **1,15 Mk.**  
Alles soweit Vorrat!

**Besonders vorteilhaft für die Reisezeit!**  
Keine Auswahlendungen Bitte die Preise in meinen Schaufenstern zu beachten! Verkauf nur gegen Bar

**M. Tichauer,**  
Spezialhaus für Damenputz  
Reusche-Strasse Nr. 47/48, parterre und 1. Etage.

Infolge eines ausserordentlich günstigen Einkaufs in einer der grössten Fabriken Deutschlands bin ich in der Lage, einen hochelegant ausgeführten

## Anzug nach Mass

in hochmodernen Mustern und aparten Farben zu dem beispiellos billigen Preise von

**Mk. 47,50 netto**

für jede Grösse bis 120 cm Brustumfang zu liefern.

Für **tadellose Passform** garantiere ich.

## S. Guttentag

Modehaus eleganter Bekleidung für Herren und Knaben  
Breslau, Altbückerstrasse 5, I., II. u. III. Et.



Donnerstag, den 30. Juni 1910.

## 10.000 organisierte Landarbeiter.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter stellt seinen ersten Geschäftsbericht für das Jahr 1909. Danach ist es in der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation — seit 1. Juni 1909 — gelungen, bei der ländlichen Arbeiterschaft Eingang zu finden, trotzdem sehr bald der Widerstand der Behörden und Gutsbesitzer bemerkbar wurde. Sofortmangel, Angst vor den Gutsbesitzern und Behörden mußten erst überwunden werden, ehe ein Erfolg winken konnte. Den Organisationsleitern standen aber mächtige Bundesgenossen zur Seite; die wahnwitzige Verteuerung aller Bedarfsartikel durch Zollpolitik und Reichsfinanzreform, die beide dem ländlichen Arbeiter seine überaus elende Lage derart fühlbar machen, daß er über alles Erwarten für den Organisationsgedanken empfänglich geworden ist.

Der Mitgliederstand von Ende 1909 ist unter diesen Umständen heute auch weit überholt und dürfte am Ende des laufenden Jahres die ersten 10.000 übersteigen haben. Ende 1909 zählte der Verband 215, gegenwärtig ca. 340 Orts- und Bezirksgruppen in allen Teilen Deutschlands. Aus andern Verbänden sind insgesamt nur 250 Mitglieder übergetreten, darunter die Me. M. bayerischer Waldarbeiter aus dem Verbands der Staats- und Gemeindearbeiter. Dagegen stellt der Fabrikarbeiterverband, dem früher die Landarbeiter zugeeignet waren, nur einen geringen Anteil an Uebertritten.

Die anfänglich gehegte Auffassung, die neuen Mitglieder eignen sich schwer zur Vornahme der Verwaltungs-geschäfte, konnte sehr bald der erfreulichen gegenteiligen Erkenntnis weichen. Die Erfahrungen, die Verbandsvorstand und Gauleiter in dieser Richtung machten, lassen es geraten erscheinen, in allen Ortsgruppen darauf zu dringen, daß die Verwaltungs-Geschäfte von den Mitgliedern versehen werden.

Als eine Einrichtung, die wohl am meisten in Anspruch genommen werden dürfte, hat sich der freie Rechtsschutz erwiesen. Neben der Beantwortung zahlloser Anfragen, die sich nicht nur auf das Gebiet des Arbeitsvertrags und der Arbeiterversicherungs-gesetze beschränken, hatte die Verbandsleitung bereits in sehr vielen Fällen die Einkeltung von Klagen bei den verschiedensten Gerichten nötig. Es konnte auf dem Zivilprozessweg wie auch durch Bestand in vielen Strafverfahren den Mitgliedern wirksam und erfolgreich Hilfe geleistet werden. Beim Eindringen in das Gebiet der Gefindeordnungen, Ausnahme-gesetze und polizeilichen Verordnungen gegen die ländlichen Arbeiter zeigte sich erst die Rechtslosigkeit dieser Arbeiterschaft.

Direkte Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis wurden in der kurzen Zeit auch schon erzielt. Der bloße Zusammenschluß der Landarbeiter eines Bezirks genügt, um die Arbeitgeber zur Gewährung von höherem Lohn und besserer Behandlung zu veranlassen. In verschiedenen Waldarbeiterbezirken wurden durch Eingaben an die staatlichen Behörden Verbesserungen angebahnt und teilweise erreicht. Die Landtagsfraktionen wurden bei ihrem Eintreten für die Interessen der Land- und Forstarbeiter mit Material unterstützt.

Das Verbandsorgan „Der Landarbeiter“, ist, nach mündlichen und schriftlichen Berichten zu schließen, zum gemeinsamen und vielfach am Monatsbeginn mit Ungeduld erwarteten Blatt geworden, das das Lesedürfnis bei den ländlichen Arbeitern weckte und den Gedankenaustausch der unter den denkbar verschiedensten Verhältnissen lebenden Leser auf die Notwendigkeit des Klassenkampfes lenken konnte.

Der junge Verband ist in seinem ferneren Wirken auf die tätige Mitarbeit aller in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Kräfte angewiesen, um so mehr, als die Gegner im Unternehmerrlager, aufgeschreckt durch die Erfolge, bereits darangehen, durch Gegenmaßnahmen dem Verbands den Weg zu weiteren Erfolgen zu verlegen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Juni.

### Geschichtskalender.

30. Juni.

- 1789 Der Maler Horace Vernet in Paris.
- 1805 Der Physiologe Rudolf Wagner in Wahrenth.
- 1817 Der Winzer und Biologe Abraham Gottlob Werner in Dresden.

### Wieder eine Richterbeleidigung.

Zu den hervorragendsten Werkzeugen, deren sich der Klassenstaat zur Aufrechterhaltung seiner Klassenordnung bedient, zählt zweifellos die Justiz. So sind denn auch in Preußen-Deutschland die Klagen darüber ganz allgemein, daß der arme Mann sein Recht nicht finden kann. Der sozialdemokratischen Presse fällt auch hier die Aufgabe zu, durch unerbittliche Kritik der heutigen Rechtszustände dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes Ausdruck zu verleihen, um eine Besserung anzubahnen. Ueber Richtersprüche, die das Volksempfinden verletzen, müssen wir leider alltäglich berichten. Das ist aber ein äußerst gefährliches Unternehmen, denn entsprechend ihrer Wichtigkeit für den Klassenstaat ist die Justiz auch ein äußerst empfindsames Organ. Mit Eifer ist sie bemüht, den Nimbus ihrer Unfehlbarkeit zu verbreiten und wer einmal seine Zweifel an dieser Unfehlbarkeit irgendwie in Worte kleidet, die von der Justiz als verlegend empfunden werden, muß unweigerlich mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen.

Der neueste Prozeß, den die „Volkswacht“ wegen angeblicher Richterbeleidigung zu verzeichnen hat, fand gestern vor der Breslauer Strafkammer statt und endete, wie es nach allen Erfahrungen selbstverständlich ist, damit, daß der Angeklagte Redakteur, diesmal wieder Genosse Schiller, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Der Anklage lag folgender Vorfall zu Grunde: Der Stadtwachmeister Harwig aus Labiau in Ostpreußen hatte bei Ausübung seines Amtes einen Arbeiter zum Krüppel geschlagen. Einige Arbeiter hatten Streit mit zwei Kellnerinnen; es hieß, daß sie Zechprellerei verübt hätten, doch das stellte sich als un-wahr heraus. Obwohl die Kellnerinnen schon dem Stadtwachmeister, der geholt worden war, die Namen der Arbeiter gesagt hatten, schritt er doch zu ihrer Verhaftung, der sich die Arbeiter natürlich widersetzen, da sie nicht das Geringste getan hatten. Harwig schlug nun auf einen Arbeiter in der fürchterlichsten Weise ein. Blutüberströmt brach dieser unter den Säbelstößen zusammen. Der Unterarm sowie die Hand waren ihm total zerkratzt worden. An der Hand hatte ihm der Polizist mit dem Säbel die Sehnen durchgeschnitten, so daß sie jetzt völlig unbrauchbar ist und schlaff und fraktion an dem verkrüppelten Arme hängt. Ja, der Polizist hatte dem Arbeiter die dicke Sehne an der linken Kniekehle glatt durchgeschnitten. Ein Teilnehmer behauptete, daß er dieses verübt hätte, als der Arbeiter schon am Boden lag! Die Folge davon ist, daß der Arbeiter jetzt an einem Stock gehen muß und dauernd erwerbsunfähig ist. Drei Monate lang hat er im Krankenhaus gelegen und zwar wurde von den Ärzten zeitweilig sein Tod als wahrscheinlich bevorstehend angenommen.

Die Staatsanwaltschaft in Königsberg lehnte aber ein Verfahren wegen Amtsmißbrauch gegen den Polizisten ab, da nur eine Ueberschreitung der Notwehr vorliege! Der von dem Polizisten zum Krüppel Geschlagene wurde aber unter Anklage gestellt und wegen Widerstandes zu dreißig Mark Geldstrafe verurteilt!

Unser Bericht über diesen Vorfall enthielt folgende Bemerkungen, durch die sich sowohl die Königsberger Richter als auch die Staatsanwaltschaft beleidigt fühlten: „Die preussische Justiz ist bemüht, unter aller Umständen die Autorität des preussischen Polizeisäbels zu schützen. Obwiewiesen wurde, daß die Arbeiter nicht das Geringste getan hatten, brachte es der Staatsanwalt doch fertig, gegen die Angeklagten — auch gegen den Krüppel — einen Monat Gefängnis zu beantragen“, und zum Schluß: „Der Krüppel erbleibt „von Rechts wegen“ 30 Mt. Strafe, der ihn zum Krüppel geschlagen hatte, ging frei aus“.

Eine große Anzahl von Zeugen war kommissarisch vernommen worden. Nach den ärztlichen Befundungen hat der Polizist dem Arbeiter nicht weniger als neunzehn Verletzungen beigebracht. Neun Stiche über den Kopf reichten bis auf den Schädelknochen. Die linke Hand war vollkommen zerfleischt und ebenso der linke Unterarm. Ein Stieb gegen das Kniegelenk, der dem Verletzten beigebracht worden sein muß, als er schon am Boden lag, hatte die Sehnen zerschritten. Der Polizist hatte sich obendrein noch geweigert, dann einen Arzt herbeizuholen. Auch heute befindet er sich noch in Amt und Würden.

Vor der Breslauer Strafkammer beantragte der Staatsanwalt jetzt gegen Genossen Schiller vier Monate Gefängnis!

Rechtsanwalt B a n d m a n n plädierte für Freisprechung. Ein Polizist, der sich so brutal benommen, wie hier festgestellt, gehöre nicht länger auf den Posten. Der Zweck des Artikels war der, die Beseitigung eines solchen Polizisten herbeizuführen. Seine Tat war noch abscheulicher und viehischer als die Tat des Breslauer Landabhackers, denn dieser führte nur einen Streich, dessen Wirkung er sich vorher nicht überlegt haben mag, während der Polizist von Labiau unaufhörlich auf sein Opfer einschlug. Der Artikel wende sich nicht gegen die Richter und den Staatsanwalt persönlich, sondern gegen das System unserer Rechtspflege, das selbst in solchen Fällen den Mißhandlungen zur Verurteilung bringt und den Polizisten für seine grobe Ausschreitungen straffrei läßt. Eventuell liege der Fall doch so, daß höchstens eine kleine Geldstrafe angemessen sei.

Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis. Diese Strafe wurde mit den übrigen gegen Schiller erkannten Strafen zu sieben Monaten Gefängnis zusammengezogen, wovon unser Genosse bisher zwei Monate verbüßt hat.

### Die Abhängigkeit der Landärzte und ihre Erlösung.

(Ein Wort für die „Arztfreundliche“, Schlesische Zeitung.)

In den ärztlichen Mitteilungen, Nr. 25, des offiziellen Organ des Leipziger wirtschaftlichen Ärzteverbandes schildert ein Landarzt in interessanter Weise die Abhängigkeit des Landarztes vom Rittergutsbesitzer. Es heißt dort:

„Das Rittergut ist ein Staat im Staate, sein Besitzer oder dessen Vertreter hat die Eigenschaften des Beamten, ist also den Gutsangehörigen gegenüber zugleich Arbeitgeber und amtlicher Vorgesetzter. Dieses Verhältnis kommt auch dem Gutsarzt gegenüber zum Ausdruck.“ Wenn der Industriearbeiter im Falle der Erkrankung

zu erkennen; aber mehrere Zeugen aus Amiens versichern, sie hätten Frau Garnier in einer Stadt an der Grenze gesehen.

Revolvententat im Gerichtsgebäude. Eine Aufsehen erregende Szene spielte sich Dienstag Nachmittag in der dritten Etage im Berliner Landgerichtsgebäude in der Grunderstraße ab. Dort wurde vor der Abteilung für Rechtschuldsachen ein Alimentations-Alexander abgehalten. Nach dessen Beendigung gab der Revolverhok Alexander Tupid aus Sicht bei Schlochan fünf Revolverhok Schüsse auf seine frühere Braut, das Dienstmädchen Anna Bluma, ab. Das Mädchen wurde mehrfach verletzt und Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Mit Mann und Maus verloren? Bis Dienstag Mittag 1 Uhr ist noch immer nichts über den Verbleib des vermissten Dampfers „Trixie“ bekannt geworden. In maßgebender Stelle neigt man nunmehr der Ansicht zu, daß der Dampfer mit Mann und Maus untergegangen sein dürfte.

Der Feuertreib Parisier Rebaikere. Am Dienstag Morgen fand zwischen dem Schriftsteller Daubet, dem Chefredakteur der „Action française“, und dem Redakteur des „Gaulois“, de Mézières, ein Degen duell statt, wobei Daubet beim zweiten Gang leicht am Handgelenk verletzt wurde. Die Gegner verabschiedeten sich auf dem Kampfsplatz.

Zur Friedberger Bombenaffäre. Es besteht der Verdacht, daß der Friedberger Attentäter, Dachdecker Werner aus Kaiserslautern, vor etwa drei Wochen in der hiesigen Pulverfabrik einen Einbruch begangen hat, wobei ein halber Zentner Dynamit gestohlen wurde. Ferner soll er bei der Blitzableitranlage der Pulverfabrik gearbeitet haben.

Ein neuer Cholerafall in Berlin. Am Montag Nachmittag erkrankte auf dem Anhalter Auswandererbahnhof die in der Holierbarade untergebrachte Schwester des in der verflochtenen Woche an der Cholera asiatica gestorbenen russischen Auswanderers Kalinowski ebenfalls und starb gegen Abend unter heftigen Schmerzen. Heute früh wurde die Leiche beigesetzt. Die Kalinowski ist wahrscheinlich durch ihren Bruder infiziert worden. Man hofft bestimmt, daß die Leiche keine weiteren Opfer fordern wird.

Brand auf einem Dampfer. Auf La Crosse (Wisconsin), 26. d. M., wird telegraphiert: „Gestern Abend brach auf einem Mississippi-Dampfer, der 150 Personen an Bord hatte, ein heftiges Feuer aus. Der Kapitän ließ den Dampfer sofort auf Land laufen. Fast alle Passagiere konnten gerettet werden. Einige Frauen sollen ihre Kinder ins Wasser geworfen haben, ihnen nachgeholfen und so ertrunken sein. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, sind bei dem Brande vier Personen ums Leben gekommen. Etwa zwölf Passagiere wurden verletzt.“

## Aus aller Welt.

### Unfreiwillige Unterbrechung der Passagierfahrten des Zeppelin VII.

Am Dienstag, gegen 3 Uhr Nachmittags, traf bei der Dortmunder Polizeibehörde aus Kellinghausen die telegraphische Meldung ein, daß das Verkehrsluftschiff „Deutschland“, das „R. J. VII“, das am Dienstag, Morgens 8¼ Uhr, mit Vertretern der Presse in Düsseldorf aufgestiegen war, infolge schweren Motordefektes nicht in der Lage sei, nach Düsseldorf zurückzukehren. In dem Telegramm wurde die Dortmunder Polizeibehörde und die Feuerwehre ersucht, bei dem Pflanzensplatz heranzukommen. Darauf wurden sämtliche entbehrlichen Polizei- und Feuerwehreinheiten nach dem Kaiser-Wilhelm-Tal dirigiert, um dem Luftschiff, falls es hier eintreffen sollte, bei der Landung behilflich zu sein.

Später wurde aus Düsseldorf gemeldet: Das Luftschiff „Deutschland“ ist zwischen 5¼ und 5½ Uhr bei Sburg im Teutoburger Walde gelandet. Es ist mit der Gondel in den Bäumen hängen geblieben und hat unbedeutende Beschädigungen erlitten.

Nach weiteren Depeschen haben alle Passagiere das Luftschiff „Deutschland“ glücklich verlassen. Verletzungen hat niemand erlitten. Die Rückfahrt soll, falls sich der Sturm legt, im Laufe des Mittwochs Vormittags erfolgen.

Wie in später Abendstunde eingetroffene Telegramme melden, hat das „R. J. VII“ doch größere Beschädigungen erlitten, als es vorher den Anschein hatte. Wir geben die Telegramme nachstehend wieder:

Das Luftschiff „Deutschland“ hatte zwischen Gelsenkirchen und Osnabrück gegen den Sturm stark zu kämpfen und versuchte schließlich den Schießplatz von Senne zu erreichen, wurde aber vom Sturm wieder abgetrieben. Dabei geriet es in große Höhe, wobei sehr viel Gas verloren ging. Im kritischen Moment versagte auch der Motor. Das Luftschiff selbst geriet in die Bäume; ein Baum drang in die Passagierkajüte, andere Bäume in die Hülle, wodurch das Luftschiff festgehalten und Motor und Steuer erheblich beschädigt wurden. Es mußte Militärs requiriert werden, um das Luftschiff

wieder flott zu machen. Vor morgen früh dürfte das unmöglich sein.

Die Sittlichkeit im Damenbad. Welche enorme Fortschritte die „Sittlichkeit“ bei uns in Deutschland macht, dafür gibt folgender, an die „Frankfurter Zeitung“ gerichteter Brief einer Frankfurterin einen wirklich erhebenden Beweis. Die betreffende Dame schreibt: „Ich ging dieser Tage mit meinem drei Jahre alten Töchterchen in das städtische Schwimmbad. Da das Kind mir für einen Wabeanzug noch zu klein schien, so kaufte ich ihm Badehöschen. Die Folge davon war, daß das Mädchen nicht ins Wasser gelassen wurde: Es müsse „bis oben gedeckt“ sein, wurde mir befohlen, „wegen der anderen Kinder.“ Wahrscheinlich hatten alle die Badfischen, die dort waren, noch ein kleines halbnacktes Kindchen gesehen und es wäre das Schlimmste für ihre Moral zu befürchten gewesen, wenn das kleine Mädchen in Badehöschen im Wasser herumgeplätschert hätte. Am Ende hätte man noch denken können, es sei ein Junge, und allein schon bei dem Gedanken hätten alle Wabenden erblinden müssen! Ich hatte dem Dingelchen also einen Wabeanzug zu kaufen, der über den Schultern hochsteht und bis über die Hüfte herunterhängt, aber nun war es wenigstens „gedeckt“. Wie es stehen im Jahre des Heils 1910 im städtischen Damenschwimmbad zu Frankfurt a. M. Zur Rettung der Sittlichkeit!“

Was für eine Sündlergesellschaft müssen diese Sittlichkeitsjäger doch sein.

Ein Frauenmord in Amiens. Den Stoff zu einem Kriminalroman gibt die Geschichte eines Leichenbegräbnisses, die der „Zeit Pacific“ erzählt. In Amiens wurde im Brunnen eines Hauses der Arbeiter einer Frau gefunden, um deren Name und Hals Stricke geschnürt waren; das Gesicht und die fleischigen Stellen des Abers waren von Ratten zerfressen, so daß es ganz unendlich war, festzustellen, ob die tote jung oder alt war. Diese Frage ist aber für die Untersuchung von Wichtigkeit, weil man die Namen der beiden Frauen kennt, die in diesem Hause gewohnt haben. Es waren die 33jährige Giuliette Garnier und ihre 18jährige Tochter Marie. Eine von beiden ist von der andern ermordet und in den Brunnen geworfen worden. Die Nachbarn haben im August d. J. einen heftigen Streit und Differenz gehabt und auch bemerkt, daß während der Nacht eine der Frauen das Haus verließ. Aber sie wissen nicht zu sagen, ob die nächtliche Reisende die Mutter oder die Tochter war, und seit einem Jahre war nichts mehr von den Frauen Garnier zu hören. Der einzige Bewohner des Hauses war seitdem ein Agent der Polizei, Pignone, der zu Lebzeiten der Ermordeten im Hause der Damen Garnier wohnte, und um den der Streit wahrscheinlich entstanden ist. Pignone glaubt, in der Toten die Mutter







# Der Sozialdemokratische Verein Breslau

wird am Donnerstag Abend in seiner Mitglieder-Versammlung Stellung nehmen zu den bevorstehenden Stadterordnetenwahlen. Wie wir bereits mehrfach auseinandergesetzt, werden wir bei den kommenden Wahlen in Breslau mindestens 4 neue Mandate, vielleicht sogar 5 oder 6 neue erobern, wenn die Genossen nur einigermassen eifrig sich an den Vorarbeiten — das ist die Hauptsache! — beteiligen. Diese Vorarbeiten gilt es nun zunächst eingehend zu besprechen, was Donnerstag Abend geschehen soll. Wer wird dabei fehlen wollen?

Die Wahlvorbereiter hielten gestern im Gewerkschafts-Lokal eine Mitglieder-Versammlung ab. Sie sich endgültig mit dem Schiedsgericht befaßte. Was auch immer in diesen Umständen liegt, doch die Wahlvorbereiter haben, bezugnehmend auf die Beschlüsse zu geben. Nachdem die Wähler am Montag den Schiedsgericht angenommen haben, wußten sich die Wahlvorbereiter dem selbstständlich anschließen. Man habe gemeinsam mit den Maurern und Zimmerern gekämpft und wolle auch in diesem Kampf beenden. Nachol berichtete dann noch über die Verhandlungen, die am Sonntagabend mit den Arbeitgebern stattgefunden haben, in der über die Arbeitgeber auf den Schiedsgericht, so wie er nun einmal zu Papier gebracht worden ist, bebarren. Dort sei auch wieder die Rede von der Treue der Mitglieder des Bundes" gewesen und daß die Breslauer Arbeitgeber im Augenblicke die Treue nie brechen würden. Wie weit es mit der Treue bestellt ist, davon ist man ja nun sehr gut unterrichtet, und die Auswertung habe das nur bestätigt. Die Lohnzulage bleibt nun einmal so, wie sie der Schiedsgericht mit sich gebracht hat, und Nachol ersuchte, dem Schiedsgericht die Zustimmung zu geben. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Die Verhandlungen sind trotzdem noch nicht beendet. Die Leitung des Verbandes hat mit den Arbeitgebern die Affordarbeiten, die im Tarif festgelegt sind, noch zu erörtern. Zum Schluß erwähnte Nachol die Anwesenheit, um zur Organisation zu helfen und für den weiteren Ausbau derselben Sorge tragen zu helfen. Damit fand die Versammlung ihr Ende.

„Sagen, nicht als Mägen! Auch die „Schles. Volkszeitung“ beurteilt die verflochtene Festwoche ähnlich, wie wir das getan haben und sagt den Veranlassern bitterböse Wahrheiten. Es heißt da u. a. in dem Artikel:

„Es ist nicht zu leugnen, daß die zweite Festwoche, in Pflege von Kunst und Sport, der ersten weit überlegen war. Leider machte sich dabei die Dezentralisation noch oft fühlbar bemerkbar, so daß der Gesamteindruck einer großen Sportwoche nicht überall aufkommen konnte. Ein schwerer Mangel für die ganze Veranstaltung war es, daß die Parterre-Plätze nicht zu bestimmen, vorher festgelegten Zeiten stattfinden konnten. Da gleich am Tage der Festlegung sich dabei Sitzungen einstellten, wurde bald Mißtrauen im Publikum regte, so daß die Plätze, die hauptsächlich zur Herbeiführung von Besuchern aus der Provinz hätten dienen können, in ihrer Wirkung verfallen. Da der Mißschlag außerdem eine ganze Strecke vom Festplatz entfernt lag und ein besonderes Eintrittsgeld erhoben wurde, ging der Zusammenhang dieser Veranstaltungen verloren, so daß die Fingervorführungen nicht den Glanzpunkt im Rahmen der Festwoche bildeten, den man von vornherein in ihnen gesehen hätte. So kam es, daß schließlich für den Hauptteil der Besucher der allabendliche Kummel und die große Vogelwiese wieder den Hauptziehungspunkt der Festwoche bildete. Das doppelte in der Entwicklung von Höhepunkt und Mangel angebrachten Scherzen bedeutend mehr geleistet, als im Vorjahre, ist leider nicht zu leugnen. Das aber den Vorkommnisse nicht geneigt sind, die zahlreichen Klagen gegen die Festwoche geduldet werden, zum Schweigen zu bringen, wenn sie eher noch unzufrieden, ist wohl selbstverständlich. In Breslau dürfte in der Tat kaum einen neuen zu erwartenden Nutzen von der Festwoche gehabt haben. Im Gegenteil. Alle Abende waren die Lokale der Stadt leer, selbst die sonst so beliebten Gärten an der Promenade zählten kaum über ein Dutzend Besucher, während sonst schon um 8 Uhr kaum ein Platz in ihnen zu finden ist. Auch die Geschäftskreise haben keinerlei Nutzen von der Festwoche gehabt, da ja die Besucher alle aus der Stadt hinausgezogen wurden. Eine beträchtliche Summe ist so wieder aus der Stadt hinausgezogen worden, die nur zum geringsten Teil Einheimischen zugeht, vielmehr meistens in die Hände auswärtiger Großunternehmer, die die Konjunktur durch beliebige Erhöhung der Preise gar wohl auszunutzen verstanden, aber die Angewandten wäre auch sehr eine Herabsetzung der Eintrittspreise, besonders da auf der Wiese gratis noch nur sehr wenig, fast gar nichts geboten wurde; zu bedenken ist dabei, daß andere herartige Veranstaltungen, wie das Wandervernachtsfest und die Dresdner Vogelwiese, gar keinen Eintritt erheben. Wenn die Dezentralisation der einzelnen Veranstaltungen schon nicht zu vermeiden ist, so hätte doch durch öffentlichen Anschlag der Vorführungen einige Orientierung geschaffen werden müssen. So konnte es vorkommen, daß sich a. B. um die Tribüne der Hans Sachsspiele Hunderte von Leuten um 6 Uhr drängten und einer Aufführung barieten, während diese erst um 9 Uhr stattfand. Ein einfacher Zettel hätte das verhindert. Das offizielle Programm konnte dem nicht abhelfen, einmal war es eine ganz unerschöpfte neue Bekleidung der Besucher und dann war es auch gar nicht immer gültig. Wenn außerdem a. B. die Hans Sachsspiele um 6 Uhr wegen Regenwetter ausfielen, so konnten sie ruhig um 7 Uhr bei schönem Wetter einmal wiederholt werden, das hatten die Besucher für ihren Eintrittspreis schon zu verlangen.“

Für alle, die eilig Briefmarken zu gebrauchen. Für den Ankauf des kleinen Bedarfs an Postwertzeichen sind Formulare an Postämtern, Postanstalten usw., sowie Verrechnungskonten sind in Breslau besonders Verkaufsstellen eingerichtet: 1. Bei dem Postamt I (Albrechtsstraße) in dem Seitenhallerstraßen (vom Eingang linker Hand) neben der Treppe, 2. in dem Schaltervorraum des Postamts II (Hauptbbl. Gartenstraße), 3. in dem Schaltervorraum des Postamts IV (Wallstraße) und 4. in dem Schaltervorraum des Postamts V (Untermarkt). Gelegenheits zum Einkauf von Postwertzeichen bieten ferner außer den sämtlichen Breslauer Postanstalten die in der Stadt verteilten, durch ein amtliches Schild bezeichneten amtlichen Verkaufsstellen für Briefmarken; außerdem sind die Reisenden auch die Markenerkaufsstelle bei der Telegraphenannahmestelle in der Verkehrsstraße des Hauptbahnhofes, die mit Ausnahme der Zeit von 12 Uhr Nachts bis 4 1/2 Uhr früh ununterbrochen geöffnet ist. Die Postämtern-Automaten in der Verkehrsstraße des Hauptbahnhofes, sowie am Generalkommando, am Postamt 13 (Viktoriastraße), am Militärarresthaus (Mühlplatz 7) und an der Postdirektion (Mühlplatz 7) geben dauernd Briefmarken zu 5 und 10 Pfennigen und Postkarten ab, welche so lange die Verkehrsstraße dem Publikum zugänglich ist. Ohne jede Unterbrechung, an jedem Werktag und Sonntag, Tag und Nacht, also auch zu jeder Zeit, wo die Posthalter und Verkaufsstellen geschlossen sind, steht die Telegraphenannahmestelle des Kaiserl. Telegraphenamts, Ecke Graben und Mühlplatz, für den Kauf von Postwertzeichen zur Verfügung.

Selbstmord. Am 27. ds. Mts. hat sich in Abwesenheit seiner Angehörigen der 27jährige 27a wohnhafte Schlosser Adner mittels Erhängens das Leben genommen. Der Verheiratete, im 50. Lebensjahre lebende Mann, der schon erwachsene Kinder hat, litt an völliger Nervenerrückung.

Ueberfahren wurde am Dienstag Nachmittag auf der Jellbornstraße der 27jährige Sohn des Malermeisters Verste, Gellhornstraße 21, durch ein Brenneisenfahrzeug. Der Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß er sofort in die Wagnitz überführt werden mußte, wo er aber am Dienstag Vormittag seinen Verletzungen erlegen ist.

Die Wohlthätigkeit des Sozialdemokratischen Vereins wird morgen, Donnerstag, den 30. Juni, um den selben Abend stattfindenden wichtigen Vereinsversammlung schon um 8 1/2 Uhr geschlossen.

Richtung, Angestellte im Varader-Berwerb! Heute, Mittwoch, den 29. Juni, Abends 9 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Klubhaus des Varader-Gartens. Tagesordnung: „Treten die Breslauer Freizeitschichten in eine Lohnbewegung?“ Referent: Max Krangel.

Genussverhandlung der Maurer. Die Kollegen, die für Montag die Streikunterstützung noch zu erhalten haben, werden ersucht, nach Freierhand ihre Unterstützung im Bureau abholen unter Vorlegung der Exzellenz. Notwendig ist, daß Donnerstag diejenigen Kollegen mit den Streikarten 26 Nummer 700 und am Freitag die übrigen Kollegen ihre Unterstützung in Empfang nehmen. Die Ortsverwaltung.

Gefunden wurden ein Sparkastenbuch, eine Herrenuhr mit Kette, eine Stabkiste, ein goldener Ring mit blauem Stein, ein „ruer Domantstein“, ein silberner Ring, eine Juvailen-Quintillier-Perle und ein anderer Ring mit weißem Stein. Abzuholen im Fundbureau. — Zugewonnen ist dem Kaufmann John, Leutenstraße 20, III., ein Kanarienvogel.

## Vingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir einzelnen Zuschriften aus unserm Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Redaktion der „Volkswacht“.

„Arbeitergroßen“. Von einem bisherigen Anhänger des schwarzen Journalismus wird geschrieben: Unter obigem Titel bringen die „Schles. Nachr.“ in Nr. 145 einen Artikel, welcher typisch für die „Wahrheitsliebe“ der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ ist. Im Anschluß an die letzte Anweisung der freien Gewerkschaften seitens des Finanzministers bringt das Blatt in ansehnlich M. Glabacher Aufmachung, (denn einen solchen Artikel bringt die ganze Redaktion dieses Blattes nicht fertig) seinen staunenden Lesern folgenden, von abgrundtiefer Mißkenntnis zeugenden Erguß:

Bei der Beratung über die Erhöhung der preussischen Abkürzungen im Preussischen Abgeordnetenhaus hat Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben den Sozialdemokraten einige bittere Wahrheiten gesagt, über die sie während aufschäumen. Am unangenehmsten war ihnen dabei augenscheinlich der Hinweis, daß ihre angeblich freien Gewerkschaften von den Arbeitern, deren etwende Löhne der Abatruide Hoffmann in den schwärzesten Farben schilderte, eine so außerordentlich hohe Steuer in der Form von Partei- und Gewerkschaftsbeiträgen erheben, von denen nur der kleinste Teil den Arbeitern wieder zugute kommt.

Folgen einige angeblich statistische Biffen über Verwendung der Gewerkschaftsgelder.

Wie solche Statistiken für die Volkstümlichkeit gemacht werden, davon können die Mitglieder aller größeren Gewerkschaften bei Lohnbewegungen ein Lied singen. Da werden, um recht viel Ruhm herauszugeben, Vorkäufeln mit Durchschnittsbildern veröffentlicht, wie sie während der Dauer einer Tarifperiode kaum Werkführer erhalten. Aber dann — — —

Die freien Gewerkschaften sind ein Produkt der höchsten wirtschaftlichen Not der Arbeiterklasse und können bezüglich ihrer Einrichtungen jeder Behörde zum Vorbild dienen. Ueber die Verwendung der Gelder beschließen die Mitglieder. Die Verwaltungskosten sind, wie jedem einzuwägen bewanderten Gewerkschaftler bekannt, niedriger als a. B. bei der staatlichen Versicherungsanstalt und muß ein Gewerkschaftsbeamter für sein nicht viel über den sonst üblichen tariflichen Lohn bemessenes Gehalt mehr positive Arbeit leisten, wie mancher Regierungsrat mit einem ganzen Stab von Unterbeamten. Aber derartige Rüpelereien sind die Gewerkschaften schon gewöhnt und werden unentwegt auf dem von ihnen für richtig erkannten Wege weiter gehen trotz M. Glabacher und Berlin mit seinen sehr weiten, aber nicht sehr klugen Ministern und trotz aller schwarzmacherei denunziationen. Und so wie mich werden die schwarzen Wohlthäter wohl auch noch manchen anderen aus ihrem Lager turieren. Ich bin eben durch das zuviel am klügigen Schwindel in der katholischen Presse nachdenklich geworden. Man sieht: Auch das kann sein Guttes haben. F. C.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Guhrau, 27. Juni. Jrgendwo muß es doch wieder herauskommen. Aus Rügen, dem Stammland des beliebten schmerreichen Reichstagsabgeordneten Grafen Carmer, dessen Ländereien sich weitenweit hin erstrecken, wird uns folgendes wahre Geschichtchen mitgeteilt: Hat da irgend ein gräfliches Schloß eine frohe Geburtstagsfeier stattgefunden. Die ganze „hohe Nachbarchaft“ war versammelt, was Wunder, wenn der sonst als nicht allzu freigebig bekannte Graf selber ins Vorterronnoie greifen mußte. Das alles wäre an sich ja weiter nichts Besonderes, wenn nicht der „hinlende Bote“ nachläme und zwar in Gestalt von Preisaufschlägen für die Milch der armen Leute. Der Graf, als der größte Milchproduzent am Orte, verkauft dieselbe den Bewohnern für 15 Pfennig das Liter — in Guhrau selbst kostet sie durch die Molkerei 14 Pfennig. — Die auf dem Gute Beschäftigten erhielten sie bisher für 10 Pfennig, was nun plötzlich auf nach der Geburtstagsfeier anders werden soll. Durch gräflichen Was ist den letzteren verändert worden, daß von 1. Juni ab die Milch für sie zu 11 Pfennig kosten soll, was natürlich nicht geringe Erbitterung verursacht haben soll. Flugs bildete sich die Meinung, daß diese Erhöhung um 20 Prozent mit den teuren Weinpreisen bei der Preisfreiheit in Verbindung stehen soll. Denn, irgendetwas müßte es doch wieder herauskommen.“

Vielleicht hören wir im nächsten Was, daß angesichts der „notwendig“ angeordneten Erhöhung der Milchpreise — eine 20 prozentige Lohnreduktion für das Dienstpersonal „notwendig“ geworden ist. Wer's glaubt, bezahlt drei Mark!

## Neueste Nachrichten.

### Sozialdemokratischer Wahlfest.

Frankfurt a. M., 29. Juni. Bei den gestrigen Stadterordnetenwahlen für einen neu eingemeindeten Vorort wurden vier Sozialdemokraten gewählt.

### Zum Kampf im Paugewerbe.

Rönnigsberg, 29. Juni. Bei den hier abgehaltenen Tarifverhandlungen für das Paugewerbe in Müritzen, haben sich die Unternehmer für Allenstein, Rastenburg, Gartenstein, Dellsberg, Braunsberg und Oberode geweigert, den Schiedsgericht bezüglich der Lohnhöhe anzuerkennen. Jetzt wird das Geschrei über „Vertragsbrüchigkeit“ der Unternehmer nicht anheben!

### Die schwere Pavarie des J. VII.

(Siehe: Aus aller Welt.)

Onabrück, 29. Juni. J. VII (Deutschland) ist, wie gemeldet, auf der Pflanzfahrt um 5 Uhr 20 Minuten nach neunzigjähriger Fahrt im Leusoburger Walde, in der Nähe der Kreisstadt Jburg, gestrandet. Das Luftschiff, das sechs Stunden zwischen Gelfentischen, Münster- und Onabrück gegen den Sturm gekämpft hatte, machte den Versuch, den Getzterplatz Senne zu erreichen. Das Luftschiff wurde vom Sturm abgetrieben und geriet in dicke Wolken, die

es mit kolossaler Geschwindigkeit von 200 bis zu 1250 Meter in die Höhe hinauf hoben. Ungefähr eine halbe Stunde fuhr das Luftschiff mit rasender Geschwindigkeit durch die Wolken. Als es aus den Wolken heraus kam, fiel es ab und geriet in den Leusoburger Wald. Das Luftschiff hatte bei seinem unkontrollierten Ausbruch so viel Gas verloren, daß sein Inhalt während der Fahrt über den Wald sehr schwach war. Zum Unglück verlor auch im letzten Augenblicke ein Motor und das Luftschiff geriet in die Bäume, wo es kängig blieb. Ein Baum drang durch den Boden der Vorkastkiste und in die Kiste. Dadurch wurde das Luftschiff festgehalten. Die Motoren und die Steuerung wurden beschädigt, jedoch niemanden von den Passagieren wurde verletzt. Aus Onabrück, das circa 20 Kilometer von der Unfallstelle entfernt liegt, wurde eine Kompanie Soldaten abgeschickt. Es wird versucht, durch Fällen der Bäume das Luftschiff beiseite zu räumen, das indigentlich viel Material geteilt wird.

Onabrück, 29. Juni. Die eine Hälfte des J. VII wurde bei dem Unfall geknickt, die andere ist weniger beschädigt. Das Luftschiff wird noch heute früh von seiner Verfrachtung befreit werden können, um alsdann mit der Bahn nach Düsseldorf gutschifftransportiert zu werden.

Onabrück, 29. Juni. Bei der Landung des Luftschiffes „Deutschland“ wurde ein Mann der Besatzung leicht verletzt. Direktor Goldmann von der Luftschiffgesellschaft und Oberingenieur Dürz leiten die Aufreparaturarbeiten. Das Luftschiff hatte 20 Mitglieder der Presse, 2 Herren der Direktion und 10 Mann Bedienung an Bord. Es hängt in den Tannen und sieht von weitem aus wie das Brau bei Wellburg. Die Beschädigungen sind aber nicht so stark, daß man von einer Herfürung des „J. VII“ sprechen könnte.

### Bombenexplosion.

Barcelona, 29. Juni. Eine in der Rue Conde Abalto gefundene (Polizei-) Bombe ist auf dem Transport im geschlossenen Wagen gegenüber der Kasse Altagana explodiert. Der Wagen wurde vollständig zerstört. Eine Person wurde getötet, neun sind verletzt worden.

### Rundgebungen in Spanien.

St. Sebastian, 29. Juni. Gestern haben sich die Unruhen in Bilbao wiederholt. Nationalisten und Karlisten veranstalteten eine Rundgebung und zogen durch die Straßen mit den Waffen: Es lebe der Papp, der König und das katholische Spanien!

### Blitzschlag in den Bergen.

Junobrunn, 29. Juni. Im Kaisergebirge schlug der Blitz in eine Schutzhütte, in der sich 18 Touristen befanden. Sämtliche wurden verblüht, 6 wurden verletzt. Die übrigen erholten sich bald wieder.

### Verhängnisvoller Blitzschlag.

Sofia, 29. Juni. Im Militärlager von Temowo wurden durch Blitzschlag 3 Hauptleute getötet, ein dritter Offizier schwer in Lebensgefahr, ein vierter wurde leicht verletzt.

Kassel, 29. Juni. Beim Neubau der Fuldaer Brücke ist ein Teil des Baugerüsts eingestürzt. Drei Arbeiter wurden in die Tiefe geworfen und schwer verletzt.

Budapest, 29. Juni. Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Hagelschlag, hat in den Weinbergen von Tokaj und Hegyalja großen Schaden anrichtet. Die halbe Weinernte ist vernichtet.

Konstantinopel, 29. Juni. Infolge des energischen Eintretens des diplomatischen Korps beginnt der antigräfliche Boykott abzuzufallen. Auch die Blätter fangen an, auf die Deblierung bezugnehmend einzuwirken.

### Wasserstands Nachrichten der Oder.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand		
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand		
29. 6.	1,571	1,102	881	1,841	1,464	707	821	1,461	225	1,101	881
28. 6.	1,182	1,242	530	1,243	541	761	4,542	231	1,000	725	921
Mittel	1,180	981	2,120	4,212	4,612	2,074	4,072	2,381	1,681	1,561	901

\*) Auswertungsbüro: L. Rothholz 3, 30; L. Welfsen (Ober) Obere-Richterung 3, 25.

### Versammlungen und Vereine.

#### Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 29. Juni:  
Holzarbeiter-Verband. General-Versammlung im großen Saal, Französischer Unterrikt. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.  
Arbeiter-Nachfahrer-Verein. Versammlung. Zimmer 1.  
Hauskaffee der Metallarbeiter-Verbands. Zimmer 2.  
Stenographen (Ehemal. Vereins). Zimmer 7.

Donnerstag, den 30. Juni:  
Sozialdemokratischer Verein. Generalversammlung im großen Saal.  
Bäcker. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.  
Kantentassen-Verband. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.  
Wohlthätigkeit des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6-8 1/2 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 1. Juli:  
Deutscher Knaben. Zimmer 2.  
Stenographen. Zimmer 3/5.  
Sonabend, den 2. Juli:  
Stiftungsfest des Transportarbeiter-Verbands.  
Sonntag, den 3. Juli:  
Freitagabend-Sunderjahrfeier. Musik- und Gesangs-Vorträge, Rezitationen, Gedächtnis, gemeinsamer Gesang. Nachher: Tanzveranstaltungen. Programme a. 20 Pf. in der „Volkswacht“ und bei den Distriktsbüroern.

Lithographen und Steinbrücker. Bezirksklub. Zimmer 2.  
Maschinen u. Geiger. Nachmittags 3 Uhr: General-Versammlung. Zimmer 2. Vortrag des Kollegen Berger-Dresden.  
Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikte 8 und 9 a.  
Sonntag, den 10. Juli, findet ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Madeln, Station Gohlfisch, statt. Für Unterhaltung ist bestes gesorgt. Die Abfahrt erfolgt per Kleinbahn früh 9 Uhr. Gemeinnützige und Genossen anderer Distrikte sind freundschaftlich willkommen.

Stabelwitz. Verband der Fabrikarbeiter. Sonntag, den 8. Juli, Nachmittags 3 Uhr: Öffentliches Gewerkschaftsversammlung im Saal von Holz. Tagesordnung: „Die Lehren der letzten wirtschaftlichen Krise“. Referent: Th. Müller-Breslau.

Der Mann in die Gewerkschaft!  
Die Frau in die Genossenschaft!  
Beide in die Partei!







# 2. Beilage zu Nr. 150 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 30. Juni 1910.

## 8. Verbandstag der Holzarbeiter.

München, 24. Juni.

### 6. Verhandlungstag.

Zur Beitragsfrage liegen eine ganze Anzahl Anträge vor, von denen die meisten die Einführung der Staffelleistungen verlangen. Zunächst prägt Herr Neumann-Hamburg die Stellung der Statutenberatungskommission zu den Anträgen. Die Kommission habe mit allen gegen eine Stimme beschlossen, dem Verbandstag zu empfehlen, die Einführung der Staffelleistungen abzulehnen, aus denselben Gründen heraus, die den Vorstand zur Ablehnung veranlaßt haben. Zur Annahme empfiehlt die Kommission einen durch sie etwas abgeänderten Antrag Hamburg: „Allen großen und leistungs-fähigeren Zählstellen wird die Verpflichtung (es heißt zuerst die moralische Pflicht) auferlegt, einen höheren als den Grundbeitrag für die Verbandskasse zu leisten.“ Die Kommission sei einstimmig der Ansicht, daß bei Durchführung dieses Antrages ein weiterer Beitragserhöhung für absehbare Zeit ausgeschlossen ist. Der Verband könne dann kommenden Kämpfen gewappnet gegenüber. In zurückgebliebenen Gegenden könne der Vorstand im Einverständnis mit den Hauptverbänden ausnahmsweise einen niedrigeren als den ordentlichen Verbandbeitrag genehmigen, wie es ja auch schon der Antrag des Vorstandes für die Urabstimmung vorschlag.

### Debatte über die Beitragsfrage

Wie bei der starken Opposition gegen die Erhöhung der Beiträge und die Einführung der Staffelleistungen nicht anders zu erwarten war, eine sehr ausgedehnte. Ein Teil der Redner wandte sich gegen die Argumentationen des Vorstandes und der Statutenberatungskommission an, und tritt für die Beibehaltung des Einheitsbeitrages ein. Ein anderer, geringerer Teil plädiert für die Einführung der Staffelleistungen, die in absehbarer Zeit doch kommen würden. Daß durch die Beitragsfrage die Situation in rückständigen Gegenden erschwert werde, wird bestritten. Wegen der Abschaffung des Zehnteils der Lokalkassen an den Beiträgen wenden sich ganz entschieden eine ganze Anzahl Redner. Durch das Bestehen, den Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen zu mindern, versuche man, die Bewegungsfreiheit der Zählstellen zu hemmen. Den Lokalverwaltungen müßten ihre Rechte gelassen werden.

Zu der Frage, welcher Prozentfuß von den Beiträgen den Lokalkassen bleiben soll, aufgerollt wurde, stellte man auch einen Antrag des Vorstandes Dresden, „den Anteil der Lokalkassen auf 10 Prozent festzusetzen“, mit zur Debatte. Bisher standen den Zählstellen 20 Prozent der Beiträge zu, und wird im Laufe der Debatte beantragt, diesen Satz zu belassen. Die Statutenberatungskommission schlägt vor, dem Antrag Dresden zuzustimmen. Der Anteil der Lokalkassen ließe dadurch derselbe wie bisher. Die 10 Prozent Beitragssteigerung kämen also ganz der Hauptkasse zu gute.

Präsident Frankfurt a. M. meint, wenn die Beteiligung an der Urabstimmung schwach gewesen sei, so habe das die kurze Zeit, die zur Verfügung stand, verursacht. Redner wendet sich gegen die Forderung des Antrages Hamburg. Die Schwierigkeiten bei Staffelleistungen müßten ja anerkannt werden, man solle aber doch bedenken, daß man schon jetzt gewisse Staffelleistungen habe. In Frankfurt hätten sie dreierlei verschiedene Beiträge und es ginge doch.

Erner-Berlin bringt folgenden Antrag ein, den er auch begründet: „Um dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, für die zurückgebliebenen Gegenden einen niedrigeren als den Grundbeitrag festzusetzen, sollen die leistungs-fähigeren Zählstellen in Zukunft dahin wirken, daß sie einen höheren als den Grundbeitrag an die Hauptkasse entrichten.“ Erner steht in dieser Fassung eine gerechtere Verteilung als in dem Antrag Hamburg. Dort sei nur von größeren Zählstellen die Rede. Es gebe aber auch kleinere Zählstellen, die leistungs-fähig seien.

Neumann-Bremen hat die Ansicht, daß man auf die Dauer an der Einführung der Staffelleistungen nicht herumkomme. Bei Lohnkämpfen würde doch wieder eine Beitragserhöhung notwendig werden. Die Organisation bedarf zur Nährung der Kämpfe großer Mittel.

Starke-Dresden wünscht, daß nicht nur für Zählstellen, wo die Mitglieder schlecht gestellt sind, niedrigere Beiträge festgesetzt werden können, sondern auch für ganze Branchen, die unter schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen leiden.

Zu dem Antrag Hamburg wird ein Zusatzantrag gestellt, der bezweckt, dem Vorstand ein größeres Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Lokalbeiträge einzuräumen. Zählstellen, die einen niedrigeren als den Grundbeitrag zahlen, sollen Lokalbeiträge nicht erheben dürfen.

Das Vorstandsmitglied Becker-Berlin machte besonders wirkungsvolle Ausführungen. Eine Reihe Zählstellen hätten zu hohe Lokalunterstützungen eingeführt, die nicht im richtigen Einklang zu den erhabenen Beiträgen stünden. Man könne nicht zulassen, daß einzelne Zählstellen auf Rechnung der Lokalkassen Lohnbewegungen inszenieren, durch die eventuell andere Orte und ganze Bezirke in Mitleidenschaft gezogen werden. Es sei kein gesunder Zustand, daß eine einzelne Zählstelle auf diese Weise über das Vermögen des Verbandes entscheiden könne. In diesem Sinne seien die Ausführungen Depparts, die in der Diskussion bekämpft wurden, aufzufassen. Die Beitragsfrage dürfe nicht lauten: Wollen wir höheren oder niedrigeren Beitrag? Sondern: Wollen wir die Lohnbewegungen in dem Maße fortsetzen wie bisher? Und wenn man das letztere wolle, dann sei der Weg gezeigt. Die Vorschläge der Kommission, die leistungs-fähigeren Zählstellen zu verpflichten, einen höheren Grundbeitrag an die Hauptkasse abzuführen und zurückgebliebenen Gegenden einen niedrigeren Beitrag zu gewähren, bedeuteten ja schon Staffelleistungen. Nur in dieser Form könnten die Staffelleistungen im Verband durchgeführt werden. Für die künftige Tarifbewegung müßten große Summen reserviert werden. Wenn ein Redner von 15 Millionen gesprochen und dadurch Weiterleitung erregt habe, so müsse er doch sagen, daß dieser Gedanke gar nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Für 1913 müßten ganz

### gewaltige Summen angesammelt

werden, wenn man den bevorstehenden Kämpfen gewappnet gegenüberstehen wolle. Es müsse Aufgabe der Kollegen sein, die Verbandskasse in weitestem Maße zu stärken, sonst müsse der Vorstand bei geplanten Lohnbewegungen wohl öfters die Genehmigung verweigern.

Schulz-Berlin: Das Resultat der Urabstimmung sei einschlagend, darum habe es keinen Wert mehr, für die Staffelleistungen zu sprechen. Der Antrag Hamburg bedeute eine weitere Beitragserhöhung und müsse er sich gegen diesen wenden.

Gerike-Leipzig betont, die Beitragserhöhung sei notwendig. Die Lohnbewegungen könnten mit der jetzt zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr durchgeführt werden. Redner tritt für den Antrag Hamburg ein. Das Unterstützungs-wesen der Lokalkassen müsse revidiert werden, bei Neueinführung derartiger Unterstützungen müsse der Vorstand ein wachsam Auge haben.

Nachdem 21 Redner zu diesem Punkte gesprochen hatten, wurde die Debatte durch Schlussantrag geschlossen. Ein-zelne Wähler noch 25 Redner.

In seinem Schlussworte sollte Weipart die ganzen Gründe für und wider Staffelleistungen nochmals auf. Er

konstatierte, es sei zum Ausdruck gekommen, daß die Mehrzahl der Delegierten die Gründe für die Beibehaltung des Einheitsbeitrages anerkennt.

Der Verlehrerleiter der Statutenberatungskommission, Neumann-Hamburg, steht in seinem Schlusswort die von der Kommission zu dem Antrag Hamburg beantragte Veränderung zurück. Den Zählstellen soll also nur die moralische Pflicht auferlegt werden, einen höheren Beitrag zu leisten.

Die Abstimmung ist namentlich. Für den Antrag auf Einführung von Staffelleistungen stimmen 31, dagegen 119 Delegierte. Der Antrag ist also abgelehnt. Der Antrag Hamburg wird dann mit allen gegen 9 Stimmen angenommen. Der hierzu gestellte Zusatzantrag wurde abgelehnt. Ausnahme findet aber ein Antrag, nach dem der Vorstand im Benehmen mit den Hauptverbänden für zurückgebliebenen Gegenden ausnahmsweise einen niedrigeren als den ordentlichen Verbandsbeitrag genehmigen soll. Gegen 9 Stimmen angenommen wird der Antrag Dresden, den Anteil der Lokalkassen auf 10 Prozent festzusetzen (bisher 20 Prozent). Damit ist die Beitragsfrage erledigt und die durch Urabstimmung beschlossene Beitragserhöhung auch vom Verbandstag sanktioniert.

Ueber die Unfallgefahren an den Holz- und Bauwerkmaschinen und die Aufgaben der Berufsvereinigungen hielt Starke-Dresden ein kurzes Referat. Redner nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf den am gestrigen Abend stattgehabten Besuch des Verbandstages im Arbeiterwohlfahrtsheim. Er legte eine Resolution vor, in der

### durchgehender Schutz der Arbeit

in gesetzlicher Form gefordert wird.

Au den Vortrag schloß sich eine Debatte, in der die Ausführungen des Referenten wirksam unterstützt wurden. Rath-München verlangt Anstellung von Aufsichtsbekanntem aus den Reihen der Arbeiter. Das einschlägige Material über Unfälle soll gesammelt werden, und der Vorstand dem nächsten Verbandstag Zeitungs- und Forderungen vorlegen, die an die Gesetzgebung, die Behörden und Berufsvereinigungen zu richten sind. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. In Berlin begründet die Notwendigkeit des Schutzes der Maschinenarbeit mit dem Hinweis, daß in Berlin 75 Prozent aller Maschinenarbeiter verheiratet sind.

Die Resolution des Referenten und der Antrag Rath werden angenommen.

Dann berichtet die Redaktionskommission über die Resolution zu dem Punkt Lohnbewegungen. Die Kommission schlägt eine nicht bedeutungsvolle Ergänzung der Resolution, die wir veröffentlicht haben, vor. Die Resolution findet Zustimmung.

Die Verhandlungen werden beendet.

München, 25. Juni.

### 6. Verhandlungstag.

Zur Beratung steht der Punkt Statutenberatung, zu dem eine fast endlose Zahl Anträge vorliegen. Für die Statutenberatungskommission berichtet Neumann-Hamburg. Die Kommission empfiehlt die Altersgrenze für jugendliche Arbeiter (Unterstützung als vollberechtigte Mitglieder) auf 17 Jahre zu belassen, wie es ja auch der Referent in der Jugendfrage vorschlug. Nach kurzer Debatte stimmte der Verbandstag dem Antrag zu. Den Anträgen der Kommission entsprechend werden dann alle Anträge, die sich auf die Abschnitte Beitrag und Beitragserhöhung bei Arbeitslosigkeit beziehen, werden an die Kommission zurückverwiesen. Zugestimmt wird einem Antrag, daß die Reiseunterstützung für Sonn- und Festtage schon am Tage zuvor ausbezahlt werden kann. Angenommen wird auch ein Antrag Berlin, nach dem, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge einer Waffenerübung ist, diese bei der Berechnung in Anrechnung zu bringen ist.

Längere Erörterungen knüpfen sich an die Anträge des Vorstandes zum § 37:

### Streikunterstützung.

Die bisherigen Bestimmungen des Streitreglements sollen in etwas geänderter Fassung als besonderer Abschnitt in das Statut aufgenommen werden, ferner die Unterstützungsätze geändert werden. Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen soll, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bei 26 Wochen 9 Mark und bei 26wöchentlicher Mitgliedschaft 14 Mark pro Woche betragen. Ferner kann 1 Mark pro Kind gewährt werden, bis zu den Höchstfähigen von 15 bis 20 Mark. Einzelne Redner erheben in diesen Sätzen eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Bestimmungen. Bisher konnte schon nach 13wöchentlicher Mitgliedschaft die Unterstützung bezogen werden. Weipart betont, daß die Sätze im ganzen eine Verbesserung bedeuten. Die Kommission empfiehlt auch die unveränderte Annahme und der Verbandstag stimmte dem zu.

### Gemafregelnunterstützung

wird ebenfalls nach dem Vorschlage des Vorstandes festgesetzt. Mitglieder, die infolge ihrer hervorragenden Tätigkeit für den Verband arbeitslos werden, kann ohne Erfüllung einer Wartezeit eine Unterstützung von 9 Mark, außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mark bis zur Gesamthöhe von 15 Mark pro Woche gewährt werden. Bei längerer Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung. Die Sätze sind dann dieselben wie bei der Streikunterstützung. In besonderen Fällen ist der Vorstand ermächtigt, den Unterstützungsatz bis zu 3 Mark die Woche zu erhöhen.

Bei den Bestimmungen über die Lokalverwaltung wird ein Antrag des Vorstandes zugestimmt, daß für die richtige Abrechnung der Gelder und Abrechnungen die Revisoren der Zählstelle sowie jedes Mitglied der Lokalverwaltung der Hauptkasse gegenüber verantwortlich (zuerst wurde beantragt „haftbar“, dagegen machte sich aber starker Widerspruch bemerkbar) sind.

Beim Abschluß des Verbandstages wird beschlossen, daß zur Vorbereitung der Anträge an den Verbandstag unmittelbar vor dem Verbandstag eine neungliedrige Kommission einzu-berufen ist, die aus Delegierten der verschiedenen Bezirke gebildet wird. Ferner wird ein Antrag des Vorstandes angenommen, daß die zu einem Verbandstag gewählten Delegierten und Geschäftsmänner ihr Mandat bis zum nächsten ordentlichen Verbandstag behalten und in der Zwischenzeit vom Vorstand und Ausschuss in dringenden Fällen zu einem außerordentlichen Verbandstag einberufen werden können.

Die Statutenberatung ist damit bis auf einige Punkte, die an die Kommission zurückverwiesen wurden, erledigt.

Für die Redaktionskommission berichtet dann Starke-Dresden. Die Kommission hätte die Aufgabe gehabt, die Staffelleistungen zu prüfen und zu der Vorlage des Vorstandes über die Regelung der Beamteneigenschaft Stellung zu nehmen. Kasse und Bücher seien in bester Ordnung gefunden worden und wird beantragt, dem Kassierer und Verbands Entlassung zu erteilen. Dies geschieht. Der Vorstandsvorlage über die Gehaltsregelung hat sich die Kommission im wesentlichen angegeschlossen, sie schlägt nur kleine Änderungen vor. Nach der feststehenden Vorstandsmitglieder und Redakteure sollen 200 Mark Anfangsgehalt bekommen, steigend nach jedem Dienstjahre um 10 Mark, bis 250 Mark monatlich. Die Hauptverwalter sollen

170 Mark Anfangsgehalt und steigend bis 200 Mark, die Hilfsarbeiter im Verband ebenfalls 170 Mark Anfangsgehalt erhalten, steigend — wie bei den anderen Gruppen, um 10 Mark jährlich — bis zu 180 Mark. Zu diesen Zahlen treten Orts-zuschläge von 10 und 20 Mark pro Monat. Im besonderen wird in der Vorlage betont, daß die Zählstellen mit Lokal-beamten verpflichtet sind, diese Mindestsätze zu be-zahlen. Gegenüber wandten sich in der Debatte mehrere Redner, den Zählstellen sollte nur „nahe gelegt“ werden, dieses Gehalt zu bezahlen. Bei der Abstimmung wird aber die ge-samte Vorlage des Vorstandes mit den von der Kommission be-antragten Änderungen und unter Annahme eines Antrages, daß die seit den Zählstellenbeamten den Hauptverwaltern im Gehalt gleichzustellen sind, mit 169 gegen 11 Stimmen ange-nommen. Die neuen Sätze sollen möglichst sofort, spätestens aber bis 1. Oktober in Kraft treten.

Die Voten werden auf 11 Mark für die in Arbeit stehen-den Delegierten und 9 Mark für die Beamteneigenschaft. Damit wurden 6 Delegierte zum internationalen Ge-schäftsverwalter in Kopenhagen gewählt, und darauf der Be-richt von den Gewerkschaftskongressen in Hamburg und Berlin entgegengenommen. Dem Vorstand wurde dabei ein Antrag zur Eröffnung überreicht, sich mit der Generalkommission zurechtfinden über die Gewerkschafts-bank ins Einverständnis zu setzen.

Beisitzenden wird dann noch, daß über jede weitere Ver-tragserhöhung eine Urabstimmung stattfinden soll. Dem Vor-stand überreicht wird ein Antrag, eine Konferenz der zum Holzarbeiterverband gehörenden Holzarbeiter der Rhein- und Zecheindustrie zu veranstalten und den Zecheindustriellen-Ver-band dazu einzuladen.

Der Vorstandsvorschlag und die Beschlüsse wurden ein-stimmig wieder genehmigt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem Hoch auf den Verband wird er geschlossen.

Der nächste Verbandstag findet 1912 in Berlin statt.

## Der Prozeß gegen Frau von Schönebeck-Weber.

München, den 24. Juni 1910.

Die Gefahr, daß durch den Zusammenbruch der Angeklagten der Prozeß ein vorzeitiges Ende findet und dadurch die ganze wochen-lange Arbeit illusorisch gemacht werden könnte, ereignet heute so nahe gerückt wie noch niemals. Die Angeklagte hatte gestern Nachmittag im Hotel einen ungemein schweren Krampfanfall gehabt. Sie liegt heute sehr matt und übermüdet auf. Die Gesichtsfarbe ist gelblich-rot. Müde und zusammenge-sunken liegt sie im Stuhl. — Der Vorsitzende, Geheimrat Justizrat Land-gerichtsdirektor Bröde, bittet alle Prozeßbeteiligten, sich in der Fragestellung an die Sachverständigen möglichst zu beschränken. Verteidigung und Staatsanwaltschaft sagen Erklärung der Bitte zu. Die Staatsanwaltschaft beantragt die Vernehmung des Zeugen Schöne, der aber

### den Leumund der Zeugin Reulauer

Ankunft geben wird. Er soll bezeugen, daß die Zeugin zu Er-pressungen, besonders Effizienten gegenüber neigt. Der Zeuge gibt an, daß er Vormund des unehelichen Kindes der Reulauer ist und sie seit Anfang 1908 kennt. Sie ist verheiratet wegen Erpressung, wegen Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und wegen Verleumdung. Die Verteidigung trägt als unzulässig, daß der Zeuge seine Schweigepflicht, zu der er als Rechtsanwalt ver-pflichtet war, gebrochen habe. Zeuge erklärt aber, er spreche hier nicht als Rechtsanwalt, sondern als Vormund des Kindes der Reulauer. Er erzählt dann weiter, daß die Reulauer nach einer neunmonatlichen Gefängnisstrafe Ende 1909 wieder aufgelassen sei, daß sie sich als uneheliche Tochter eines Hofstellers ausgeben habe, einem Leutnant ihr Kind vor die Tür geleitet und Effizient vor der Truppe beleidigt habe. An der Ledemannstraße habe sie in einem Hofsteck von Honorarquellen frequentierten Absteigerquartier bösester Sorte gewohnt. Sie wurde dort ermittelt, weil sie die Miete nicht bezahlte. Die Verteidiger erklären es als im höchsten Grade unzulässig, daß der Zeuge hier er-zählt, was andere ihm erzählt haben. Das sei geradezu ein Verstoß gegen den heiligen Geist der Strafprozeßordnung. Die Verteidigung könne dadurch in die unangenehme Zwangslage versetzt werden, ihrerseits eine Menge weiterer Zeugen zu laden. Auch der Vorsitzende schließt sich diesen Auffassungen allgemein an und bittet die Staatsanwaltschaft, die Zeugin Reulauer nun endlich gehen zu lassen. Die Zeugin Reulauer und der Zeuge Rechtsanwalt Schöne werden darauf entlassen.

### Auf Befragen der Verteidigung erklärt

Sachverständiger Privatdozent Dr. Strauch, daß Gödens Geisteskrankheit mit dem Tage aufhörte, an welchem er an Herrn von Thier schrieb: Heute beginnt der Mann zu weichen und heute muß ich glauben, daß sie mich überhaupt nicht geliebt hat. — Während der Verlesung des Gutachtens des königlichen Medizinalkollegiums in Königsberg vom 25. November 1909 be-antragt die Staatsanwaltschaft völligen Ausschluß der Öffentlichkeit. Nachdem jedoch der Vorsitzende auf die große Zurück-haltung der Presse in der Verleumdung in diesem Prozeß hin-zuwiesen hat, wird der Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Das Gutachten kommt zu folgendem Schlussergebnis: Zeichen einer organischen Erkrankung des Zentralnervensystems sind bei Frau von Schönebeck nicht nachweisbar. Vielmehr besteht bei ihr von Jugend an eine hysterische, neben der deutliche psychische Einwirkungen eingetragene, die Ende 1897 einen solchen Grad erreicht hatten, daß sehr wahr-scheinlich die Voraussetzungen des § 51 St.-G.-B. zutrifften. Während der Verlesung des Gutachtens bricht die Angeklagte plötzlich ohnmächtig zusammen. Die Verhandlung wird auf eine Stunde vertagt. Als die Verlesung des umfangreichen Gutachtens beendet ist, wird erneut eine Pause gemacht, weil die Angeklagte wieder

### einer Ohnmacht nahe

ist. Auch nach der neuen Pause hat sich Frau Weber anscheinend kaum erholt. Die Sachver. Indigier sind einstimmig der Ansicht, daß sie sich in einem schwer leidenden Zustand befindet.

Der Vorsitzende stellt fest, daß in der Familie Widors außer der geistigen Erkrankung des Vaters der Angeklagten weitere Fälle von Geisteskrankheit nicht vorgekommen sind. — Es wird sodann das Gutachten des königlichen Medizinalkollegiums über Gödens verlesen. Das Gutachten gipfelt in der Erklärung, daß

### ein abnormer, minderwertiger Mann

anzusehen sei, daß er jedoch nicht geistig unzurechnungsfähig sei und daher nicht unter den Schutz des § 51 falle. — Hierauf erstattet Professor Dr. Mayer-Königsberg sein mündliches Gutachten. Er erklärt, daß er die verlesenen schriftlichen Gutach-ten vollständig aufrecht erhalte, aber daß er nach der hier-über stehenden Verhandlung noch darüber hinausgehen habe. Er analysierte Charakter und Lebenslauf der Angeklagten. Sie ist erblich belastet. — Vorsitzender: Nur der Vater ist in Geistes-krankheit verfallen. Er ist nach einem tätigen Leben und meh-teren Feldzügen an Geistesverwirrung erkrankt. Andere Fälle sollen in der Familie nicht vorgekommen sein. — Sachverständiger: Ein Vater mütterlicherseits soll noch Geisteskrankheit vererbt haben. — Verteidiger Rechtsanwalt Wahn: Daß auch der Groß-vater geistig erkrankt ist, scheint sich nicht aufrecht erhalten zu lassen. — Sachverständiger: Ein Großvater hat die Krankheit vererbt.



ist zeitiger Belastung. Sympthische Anfälle vorzutauschen, nämlich in Gegenwart der Ärzte, ist ausgeschlossen. Was dort durch den „Zustand“ darüber sagt, ist bei aller Verschönerung für den Kranken nicht zu erbalten. Wichtig ist die körperliche Ermüdung in der Ermüdungswelle der Angestellten, die Reizung zu Überforderungen aller Art. Ärzte und Kollegen haben an ihm eine große Willensschwäche und Feindschaft vor sich zu stellen. Sie hat vielfach ihrem Körper mit zugeführt Personal, Morphium und andere Mittel wirken aber auf ein schon krankes Hirn mehr als auf ein gesundes. Sufferer ist mehr im Stadium des Geistes, als des körperlichen Leidens. Der Sinn ist alles Höhere für den Kranken, Freude, Mitleid, Liebe, Verständnis, Verzeihen und Verständnis sind ihm die einzigen Lebenskräfte. Er ist ein Gegenstand für den Arzt, aber nicht im Sinne des § 51. Die Ermüdungswelle war bei ihm nicht ausgeschlossen, wohl aber vermindert. — Bekanntlich soll das neue Strafgesetzbuch in Gegenwart des Mannes der verurteilten Strafkammerfähigkeit enthalten. Das Antragsverfahren mit Geben der Anträge in der Art. Die Anträge befinden sich zur Zeit der für die Zeit der verurteilten Strafkammerfähigkeit. Die Anträge sind in der Art. Die Anträge befinden sich zur Zeit der für die Zeit der verurteilten Strafkammerfähigkeit.

Nach einer Pause, während deren die Angeklagten in einem für sie bestimmten Zimmer übermüdeten einen Schlafentwurf erlitten, schloß der letzte Verhandlungstag, Medizinalrat Professor Dr. Hildebrandt, die Verhandlung ab. Er weist auf das Eigentümliche.

**Wachstüchtige in dem Wesen der Angeklagten**  
 Die Wachstüchtige haben sich bei ihrer Verurteilungsbefreiung gezeigt, bei denen das Verbrechen aufgehoben war. Es ist zu bemerken, daß man bei der Wachstüchtigkeit in allen hier in Frage kommenden Fällen, zu nehmen, stellenweise den Charakter von Delikten an. Das heißt ist, daß die Angeklagten als Wachstüchtige zu bezeichnen ist. Sie muß andere bestraft werden, als wenn sie ein Delikt eines normalen Menschen. Von einem Delikt des Wachstüchtigen wird man bis zu der Zeit nicht vor der Straftat sein. Die Wachstüchtigkeit ist eine Veranlassung durch Selbstmord oder Ermordung ist bei folgenden Umständen anerkennbar. Man darf in dem Zustand der Wachstüchtigkeit keine Selbstmordtaten oder andere Delikte begehen. Eine Strafe steht vor uns, die gemessen werden muß mit dem Maßstab des Arztes, nicht mit dem des Moralisten. In dieser Person kommt nun ein schwerer Mord an. Waschen, Personen, die von der Norm abweichen, ziehen sie wie Magneten an sich. Die Liebe, die sich zwischen beiden entwickelte,

ist keine normale Liebe. Es ist interessant, die Angeklagten bei den Verurteilungsbefreiungen zu beobachten. Bald will sie etwas, und im nächsten Augenblick will sie es wieder nicht. Sie hat sich in den Händen, genährt, um 250 Personen umzubringen, aber sie brüht es nicht zu der Tat. Sicher war sie am Morgen des 26. Dezember nicht verurteilt. In den folgenden Wochen wechelt Verwirrung und Klarheit. Geben war fesselhaft, aber nicht gefesselt im Sinne des § 51. Er befindet sich bei der Tötung des Mannes in einem Zustande, den der Sachverständige als Mord bezeichnet. Dagegen wendet der Sachverständige bei der Angeklagten den § 51 als Vorwand. Geheimrat Heilmann, der Referent der wissenschaftlichen Deputation in Berlin, hat sie als geisteskrank im Sinne des § 51. anzuwenden und sich für ihre Entmündigung aufzusprechen. Auch der Sachverständige spricht sich für die Entmündigung aus, wobei jedoch der Vorstehende bemerkt, daß hier nicht in Frage kommt, was in der Zukunft geschehen soll, als was zur Zeit der Tat vorlag. Auch Professor Puppe ist der Meinung, daß er sich in seinem mündlichen Gutachten wesentlich schärfer ausgesprochen habe, als in seinem schriftlichen Gutachten. Die Zeit von der Befreiung bis zum Tode ist bis zur Entmündigung in Noron falls unter den § 51. Der Sachverständige Professor Dr. Müller schließt sich dieser Auffassung an.

Darauf wird die Verhandlung wegen des morgigen öffentlichen Vortrages auf Donnerstag 9½ Uhr Vormittags vertagt. Den Geschworenen werden dem Vernehmen nach folgende Sachverhalte vorzulegen werden: Aufklärung zum Mord, Aufklärung zum tödlichen Angriff auf einen mündlichen Vorgeleiteten mit Todeserfolg. Beihilfe zum Mord und zum tödlichen Angriff auf einen Vorgeleiteten, vorher zugeleiteten

Begehung zum Mord und zum tödlichen Angriff, unterlassene Hilfeleistung zum Verhüten des Mordes.

**Aus den Gerichtssälen.**

**Der „große Unfug“ des Wahrscheinlichkeitskranten.**  
 Infolge der hermetischen Abschließung des Treptower Parkes durch Schutze und Gendarmen, die am 6. März, dem Tage des von Herrn v. Rapow vorgelegten „Wahrscheinlichkeitskranten“ der Berliner als Folge war, hatte sich auch in der Kassenstraße eine große Menge von Menschen aufgestaut. Schutze hatten aus irgend einem Grunde einen Mann aus einer Restauration heraus und schoben ihn unfant vor sich her. Das ereignete den Unwillen der Versammelten. Es fielen von verschiedenen Seiten Proteste und andere Ausdrücke des Unwillens. Der Arbeiter ließ, dem das Verfahren der Beamten brutal erschien, gebrauchte den Ausdruck „Gemeinheit“. Er wurde deshalb vom Landgericht wegen groben Unfugs zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht führte aus: Das Publikum habe das Wort „Gemeinheit“ nicht. Ein solcher Unfug würde auf eine „politische Verhöhnung“ der Bevölkerung ausgehen. Der unglückliche Mann, der die Verhöhnung nicht verhindern konnte, wurde mit der Absicht angeschlossen, den Unwillen der Menge gegen die Polizei nachzurufen oder die Ermordung der Menge nach zu rufen. Diese Handlung richte sich an das Publikum in einer unbestimmten Allgemeinheit. Es wurde dadurch belästigt und zwar durch die Anwesenheit der öffentlichen Ordnung in die Erscheinung trat. Angeklagter sei sich der Wirkung auch bewußt gewesen.

Das Kammergericht verurteilt am 24. Juni die gegen das Urteil vom Landgericht eingelegte Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht habe in diesem Falle festgestellt, daß durch den Akt das Publikum in seiner Allgemeinheit belästigt und der öffentliche Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet worden sei. Da das tatsächliche Geschehen feststellen und ob es mit dem Akt Gemeinheit nicht bloß das Verhalten der Polizei habe zu tun, könne das Kammergericht, das als Revisionsinstanz keine tatsächlichen Feststellungen treffen könne, nicht nachprüfen. Der Senat sei an die tatsächlichen Feststellungen gebunden. Die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts seien aber so, daß daraus zu wegen groben Unfugs verurteilt werden konnte. Seine Revision müsse deshalb scheitern.

**Aus Oberschlesien.**

**Wie man Arbeiter ausplündert.**

Der oberschlesische Arbeiter wird durch allehand Preisaufschlagungen zu den mannigfachen Veranlassungen noch erheblich geschädigt, wie wir wiederholt nachgefragt haben. In irgend einer beliebigen Sache konnt man sich zu einem Komitee, das meist aus Parteien aller Art zusammengesetzt ist. Diese Komitees veranstalten Sammlungen und der Arbeiter muß, wenn er nicht scheitern angehen will, rechnen und zahlen. Hinreichend kommt dann noch eine oder eine halbe Feiertagsfeier, die auch nicht bezahlt wird, und so geht es weiter.

Wenden vielen anderen soll auch in der Friedenshütte ein Kurvul losgehen. Dort amtier seit 40 Jahren der Expriester Koruk, ein sehr reicher Herr, der jetzt in den Ruhestand treten will. Von der Rentierspartei hat der Expriester keine großen Ehrungen zu erwarten, da er sich niederkniet mit der bei Wahlen in Betschmich geleitet hat. Am so dankbar ist aber die „liberale“ Hütte, mit der er sich stets gut verstanden hat. Sofort hat sich ein Komitee von der Zurückziehung des Herrn Expriesters ein „Komitee“ von dem höchsten bis zum niedrigsten Unterbeamten zusammengesetzt. Selbstverständlich wurden Sammelstellen ausgesprochen und die Arbeiter mühen zu einem „Abschiedsessen“ Beiträge zu leisten. Das hat nun unter den Arbeitern zu großer Verärgerung geführt. Man ist allgemein davon überzeugt, daß die Tätigkeit des Herrn Koruk nur der Hütte genützt hat, wie die niedrigen Löhne des am Grunze beweisen. Daher wäre es besser gewesen, wenn die Verwaltung einen größeren Betrag zu dieser Abschiedsfeier gespendet hätte. Wenn die Verwaltung dies nicht wollte, dann hätten die Beamten, die doch ein ganzes Heer bilden und viel besser bezahlt werden, als die Arbeiter, eine Sammlung unter sich machen sollen. Statt dessen bilden die Hütte das „Komitee“ und lassen die Arbeiter zahlen. Dann kommt der „Abschiedsessen“, wo das Komitee eine große Rolle spielt und der zahlende Arbeiter Später bilden muß. Herr Koruk wird sich nach 40jähriger

Tätigkeit nach irgend einer schönen Gde zurückziehen und die Hütte wird mit Recht sagen: Während seiner längeren fegekreichen Tätigkeit war von einer „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nichts zu spüren!

Die vielen Aufschriften aus den Kreisen der Arbeiter der Friedenshütte aber lassen darauf schließen, daß man auch in Oberschlesien aufzuwachen scheint und daß mit diesem System endlich aufgeräumt wird. Dasselbe wird es aber nur sein, wenn die Arbeiter sich den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angeschlossen haben.

**Kattowitz, 29. Juni.** Keiner will Schuld haben. Der Streit auf den Rosdziner-Hütten macht störfant und den Benzinbrüder vom Schlege des „Muree“ böse Kopf-schmerzen. Wäre ein Sieg zu erwarten, dann möchte jeder von beiden das beste getar haben. So aber will niemand die Schuld tragen, und einer schimpft auf den anderen. Während störfant die „Kurier“ in Grund und Boden verdamm und dabei versichert, sich aus der Schlange zu ziehen, rät der „Kurier“ zum Frieden ist! Außerdem läßt sich der „Kurier“ von einem Streikenden schärf. Anders kann man die Sache nicht denken, wenn man sieht, daß die Gesellschaft den Kampf als eine Machtprobe betrachtet und es ihr sehr reich ist! Außerdem läßt sich der „Kurier“ von einem Streikenden einen Brief schreiben, der wirklich interessant ist. Demnach ist den Arbeitern der Hütte 30 bis 50 Pfennig pro Tag abgezogen worden. Hieran haben sie den Hütten-Inspektor Forderungen unterbreitet; statt Antwort hat dieser alle nach Hause geschickt, und dann heißt es wieder: „Um 6 Uhr gingen wir in die Kasse. Alle spendeten, obgleich sie wußten, daß sie rechtlich längere Zeit ohne Verdienst sein würden, zu einer heiligen Messe. Von der Zeit an gingen wir täglich zur Kirche. Wir protestieren dagegen, daß wir von der Kattowitzer Zeitung“ und anderen Wätern verleumdeter Weise als Sozialdemokraten hingestellt werden. Wir sind treue katholische Staatsbürger und zum größten Teil alte Soldaten.“ Keiner von den Arbeitern der Hütte „heimlich“ gebirt einer sozialdemokratischen Gewerkschaft an.“ Alle diese Behauptungen sind richtig und zeigen von einem ungläublichen Kulturstand. Den Kerntzen, die nichts zu essen haben und vor Hunger streiken, nimmt die fromme Kirche noch die letzten Heller für ein „heilige Messe“ ab. Toller kann es nicht nicht kommen. Daß die Gesellschaft mit solchen Arbeitern ein leichtes Spiel hat, ist doch nur zu ersichtlich. Aber daran sind Centrum und Polen gleich schuld und die armen Arbeiter müssen darunter leiden, denn sicher werden diese Herrschaften sie verkaufen, dazu sind sie jetzt auf dem besten Wege. Und da Welt nicht zu helfen scheint, und die Kirche nur Zehn aber kein Geld gibt, so werden die Arbeiter doch wohl aufgeben müssen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften die einzigen sind, die ihre Interessen vertreten. Dort haben auch solche Briefe nichts. Der Streit währt inzwischen unverändert weiter und ist ein Ende nicht abzusehen.

**Abzug, 26. Juni.** Protestversammlung. Eine Protestversammlung gegen die Reichsversicherungsordnung findet am Sonntag, den 3. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27, statt. Genosse Pörsing-Weichen spricht über: „Wird der schwarze Schnapsblock es wagen, die Reichsversicherungsordnung, die arbeitende Volk noch weiter zu verraten?“ — Nur durch rege Agitation ist guter Versammlungs-Erfolg zu erwarten.

**Gleititz, 27. Juni.** Aus dem Zuge gekürzt ist am Sonntag Abend auf der Strecke Gleititz-Kandrain ein Arbeiter, als er den Abort benutzen wollte. In der Nähe der Station Slowitz stürzte er rückwärts aus dem Zuge und war sofort tot. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

**Oberglögen, 29. Juni.** Tödtlich verunfallte Montag Nachmittags in der städtischen Sandgrube bei Neudorf durch sich lösende Sandmassen der zweite Rutscher des Ziegeleibesters H. Voremba. Der Bedauernswerte, ein mündigster, arbeitsamer Mann, hinterläßt eine Witwe mit zwei unruhigen Kindern.

**Literatur.**

Ueber die Entschung der Dolmetscherstellen finden wir einen mit einer Abbildung versehenen Aufsatz von Dr. F. Part in dem eben erschienenen Heft 20 der „Natur“, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. (Geschäftsstelle Theod. Thomas, Leipzig. Preis pro Vierteljahr 1,50 Mk.)

**Vielliebchen 10 Stück 20 Pfg.**

**Laferme Reform 1803**

**Cigaretten Nr. „Eins“**

10 Stück 10 Pfg.

**kauft jeder,**

der gut und billig rauchen will.

Wer aber **25 Pfg. für 10 Stück** ansetzt der wähle die vorzüglichen und vielbegehrten **Vielliebchen-Cigaretten.**

In allen Cigarren- und Kolonialwaren-Handlungen käuflich.

**Reform „Eins“ 10 Stück 10 Pfg.**

**Heute Donnerstag**

**4ter**

**vorletzter Tag.**

**Sommer-Ausverkauf.**

Hervorragende Kaufgelegenheiten in fertiger

**Bettwäsche.**

**Fertige Bettbezüge** — 1 Deckbett, 2 Kissen — richtiger Größe.

**Fertige Bettlaken** reichlich gross, sauber gesäumt

**Dowlas** . . . . . Mk. 1.35, 1.80, 2.15

**Halbleinen** . . . . . Mk. 1.95, 2.30, 2.90

**Reinleinen** . . . . . Mk. 2.40, 2.75, 3.55

**Reste** in weissen Bett-Linons, Wallis, Bettdamasten, Bettlaken-Dowlas, roten Inlets und Unterbett-Drells in grossen Mengen, weit unter Preis.

**Fertige Inlets** 1 Deckbett, 2 Kissen richtiger Größe. Beste Qualitäten . . . . . Mk. 5.25, 7.20, 8.75

**Fertige Unterbetten** Richtige Größe . . . . . Mk. 3.65, 5.45, 5.90

**Linon** . . . . . Mk. 4.90, 6.20, 6.50

**Wallis** . . . . . Mk. 6.50, 6.85, 7.75

**Damast** . . . . . Mk. 7.50, 8.35, 9.55

**Züchen, bunt**, Mk. 4.20, 4.75, 5.50

**Die Gleichheit**

Alle 14 Tage erscheinend, Seit 10 Jahren.

**Deutsche Geschichte**

Vom Ausgange des Mittelalters.

Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende.

Von Franz Mehring.

Die vorliegende Schrift ist aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entstanden, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Parteischule gehalten hat. Es sind nicht bloße Daten und Namen, es ist auch nicht nur eine epigrammatisch knappe Kennzeichnung historischer Ereignisse, sondern der Verfasser zeigt in allgemeiner Strichführung die historische Entwicklung nach ihren inneren Zusammenhängen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Der vorliegende erste Teil schließt mit der Schilderung der Ereignisse, welche die französische Revolution auf die Entwicklung Deutschlands ausübte. Der zweite Teil erscheint im Herbst dieses Jahres.

Preis broschiert 1.25 Mk.

Buchhandlung Volkswacht.

**Leinenhaus Bielschowsky**

Nikolaistr. 75/76 = Breslau = Ecke der Herrenstr.







zu waffen, noch er tot, sag er es gering auf und schiedte es hinunter.

Seridbe langende und schluckende Gaur kam eine von Edele in neue Gedächtnisse geboren.

So fanken wieder Gauren vor seinen Stagen, und in ihrem Schin wurde ein neuer Gedanke geboren.

Ob ein die eingetragenen und muß befragen, die Gille Form, wenn ich nicht ... Ein Gebirn weigerte sich, die

Verantwortung des Gebirns zu formulieren, aber seine letzten Schritte, lebendiges Glied neben Sir. Stamm und ich!

Der Verantwortung taumelte wie belübt. Gedächtnisse entsetzte Begriffe, die sich unmerklich heranzogen, sich

feiner bemerkliche, empfand er sich für sich selbst. Er wollte das Gaudel ihres umher verstreuten, sein Schicksal auftragen, er

wollte ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

haben sein, der Zusammenhang, aber es war keineswegs unüberwindlich, daß ihn die Fülle eines Schicksals im Schatten

gewandt worden. Die Verantwortung hob er ruhig und sohle das Schicksal für sich.

(Fortsetzung folgt)

Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin.

Das Johannisfest ist ein kleines Stücklein erlösten, das uns in einladend und idyllischer Weise die Lebensgeschichte einer

Verheirateten erzählt. Der traurige und mitleidige Jugend und dem hoch langweiligen Erwachsenen und arbeitenden Arbeiter,

niemanden und neuen Leben. Die Arbeiterin der Jugendzeit

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Der große eines Indianers gegen die Indianerhüter.

Der N. ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...







